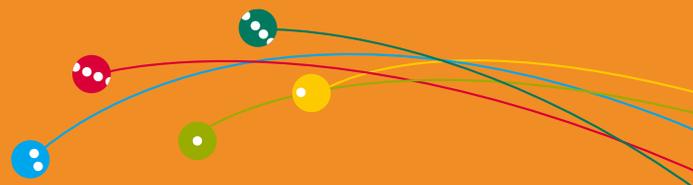




Rat der Gemeinden und Regionen Europas ■ Deutsche Sektion

kommunal

Europäisches Jahr der
Freiwilligentätigkeit



Deutschland-Belgien

Partnerstädte tag im
Zeichen der Jugend

Deutschland-Russland

Partnerschaften im
europäischen Vergleich

Deutschland-Nordafrika

Neues Netzwerk
für Partnerstädte



Rat der Gemeinden und Regionen Europas
Deutsche Sektion

Europa kommunal – Ihr Weg zu Europa

Europa kommunal ist die Mitgliederzeitschrift der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE). Seit 2008 erscheint die Zeitschrift sechsmal pro Jahr ausschließlich als PDF-Version und wird per E-Mail an die Mitgliedsstädte, -gemeinden und -kreise versendet. Die Mitglieder des RGRE, die noch nicht in den Verteiler aufgenommen sind, können sich diesbezüglich an die Geschäftsstelle des RGRE (E-Mail: doerthe.sondermann@staedtetag.de) wenden. Mit dieser Umstellung auf eine Online-Version soll gewährleistet werden, dass die Zeitschrift eine weite Verbreitung in der Kommune findet.

Europa kommunal will die Mitglieder weiterhin umfassend über kommunalrelevante Vorgänge in der Europäischen Union und im Europarat unterrichten. Darüber hinaus berichtet die Mitgliederzeitschrift in einer eigenen Rubrik über interessante Entwicklungen im Partnerschaftsbereich. **Europa kommunal** ist damit die einzige Zeitschrift in Deutschland, in der Kommunen kontinuierlich und konzentriert über kommunalrelevante europäische Entwicklungen informiert werden.

Die europäische Integration hat heute einen Stand erreicht, bei dem es sich die kommunale Ebene nicht mehr leisten kann, nur in nationalen Kategorien zu denken. Europa hat die Kommunen erreicht und die Kommunen müssen sich damit auseinandersetzen. In dieser Situation will **Europa kommunal** den Mitgliedstädten, -gemeinden und -kreisen helfen, sich in Europa zu orientieren und über kommunalrelevante Vorgänge zu informieren. Denn nur Kommunen, die „europafit“ sind, werden die sich aus der fortschreitenden Integration bietenden Vorteile nutzen können.

Ihre Schriftleitung

Inhalt

35. Jahrgang · Heft 3 · Mai/Juni 2011

FREIWILLIGENTÄTIGKEIT	3
■ Mehr Öffentlichkeit für die Engagierten in Europa Das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 Von Mirko Schwärzel	3
■ Botschafter für das Ehrenamt Projekt zum Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit in Gronau Von Gabi Könemann	7
■ Europa in meinem Sportverein Freiwilligenprojekt des Turnvereins Jahn-Rheine 1885 e.V. Von Dominika Koczar, Szabolcs Molnár und Melih Özkardeş	10
■ Qualifikation durch ehrenamtliches Engagement EU-Projekt „JOBfit – mit Vereinssport zum Job“ im Kreis Offenbach Von Oliver Quilling und Sibylle Möller	13
■ Ohne sie läuft nichts! Freiwilliges Engagement im Kreis Lippe und im Austausch mit Europa Von Birgit Essling	16
■ Engagiert für Unternehmen European Employee Volunteering Award an die Stadt Wiesbaden	17
FORUM PARTNERSCHAFT	18
■ Impulse für die Modernisierung Deutsch-Russische Städtepartnerkonferenz in Rothenburg ob der Tauber Von Elisabeth Schütze	18
■ Ein Tag im Zeichen der Jugend Zweiter Deutsch-Belgischer Partnerstättetag in Köln Von Ines Spengler	21
■ Europapreis für Hünfeld und Landerneau Verleihung der Partnerschaftspreise des Europarates Von Barbara Baltisch	24
■ Stadt Dillingen ausgezeichnet Preis für vorbildliche Städtepartnerschaftsprojekte im Saarland	25
FORUM EUROPA	26
■ Für ein Regieren in Partnerschaft Mitwirkung der Kommunen an der Strategie „Europa 2020“ Von Dr. Wolfgang Schuster	26
■ Deutschland bald unter der Lupe Plenartagung des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas Von Agneta Krüger	31
■ Engagierte Europäerin im Dienste der Regionen Verleihung des Kaiser-Maximilian-Preises 2011 an Danuta Hübner Von Dr. Heinrich Hoffschulte	36
■ GreenLight Award für St. Georgen Verleihung der Energieeffizienz-Preise der Europäischen Kommission	38
■ „Stadtradeln“ ausgezeichnet Verleihung des Sustainable Energy Europe Award	39
FORUM INTERNATIONAL	40
■ Ein Städtenetzwerk für Nordafrika Demokratieaufbau in nordafrikanischen Kommunen Von Sabine Drees	40
RGRE	43
■ Energiethemen im Fokus Sitzung des Arbeitskreises der EU- und Förderreferenten in Detmold Von Elisabeth Schütze	43
WETTBEWERBE	45
NAMEN UND NACHRICHTEN	46
TERMINE	48
IMPRESSUM	49

Das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011:

Mehr Öffentlichkeit für die Engagierten in Europa

Mit dem Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 will die Europäische Union die Aufmerksamkeit für die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements europaweit steigern und für eine bessere Anerkennung der Leistung der ehrenamtlich Engagierten eintreten. Gleichzeitig wird eine Debatte angestoßen, welche Aufgaben die EU zukünftig in der Engagementförderung wahrnehmen kann.

Ein Beitrag von
Mirko Schwärzel

Rund 100 Millionen Menschen engagieren sich in Europa ehrenamtlich. Sie tragen mit ihrem Einsatz in der Jugendarbeit, der Pflege, in Rettungsdiensten und Kulturprojekten, in den Sportvereinen und im Umweltschutz oder in Bürgerinitiativen erheblich zu einer solidarischen Gesellschaft und dem Gemeinwohl bei. Eurobarometer-Umfragen und vergleichende Studien zum freiwilligen Engagement in Europa zeigen dabei, dass die Motive für das Engagement europaweit dieselben sind. Menschen möchten etwas bewegen, sich einbringen in die Gesellschaft und mitgestalten. Sie möchten aber auch davon profitieren: von den Begegnungen mit Anderen, der Freude am Engagement und von der Anerkennung für ihre ehrenamtlichen Leistungen.

Gleichzeitig bestehen im europäischen Vergleich erhebliche Unterschiede in der Engagementförderung. Rechtliche, organisatorische und finanzielle Rahmenbedingungen sind unterschiedlich ausgeprägt und nur selten zufriedenstellend. 70 Prozent der Europäerinnen und Europäer geben in Umfragen an, dass sie sich aufgrund fehlender Information, zeitlichen oder finanziellen Nöten, des negativen Images des Ehrenamtes oder anderen Hemmnissen ein Engagement nicht vorstellen können oder in ihrem Engagement erheblich beeinträchtigt fühlen. Das **Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011** bietet gerade hier die große Gelegenheit, sich europaweit über die Bedeutung und die Barrieren des Engagements auszutauschen, von den guten Beispielen der Engagementförderung zu lernen



Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) führt jährlich eine bundesweite Woche des bürgerschaftlichen Engagements durch

und bürgerschaftliches Engagement stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken.

Freiwilliges Engagement in Europa

In Deutschland hat sich unter dem Begriff des bürgerschaftlichen Engagements über die letzten Jahre hinweg ein gemeinsames Verständnis der Bedeutung und der Notwendigkeit der Förderung der Freiwilligenaktivitäten im Rahmen einer zwischen Bund, Ländern und Kommunen abgestimmten Engagementpolitik entwickelt. Die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland“ hat dieses Verständnis 2002 entscheidend geprägt. Nachfolgend haben sich zahlreiche Austausch- und Vernetzungsformate wie das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) und Landesnetzwerke sowie Strukturen und Instrumente der Engagementförderung etabliert. Mit dem Freiwilligen-Survey gibt es seit 1999 verlässliche Daten zum Engagement in Deutschland. In den Kommunen

Zum Autor:

Mirko Schwärzel ist Vorstandsmitglied des Europäischen Freiwilligenzentrums CEV und Projektleiter für die europäische Zusammenarbeit im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE).

sind zahlreiche neue Freiwilligenagenturen und weitere Infrastruktureinrichtungen wie Mehrgenerationenhäuser oder Anlaufstellen für den Freiwilligendienst aller Generationen entstanden. Auf allen Ebenen gibt es bewährte Instrumente der Förderung einer Anerkennungskultur wie etwa den Deutschen Engagementpreis oder die Woche des Bürgerschaftlichen Engagements. Nicht zuletzt hat die Bundesregierung im Oktober 2010 zum ersten Mal eine ressortübergreifende Nationale Engagementstrategie verabschiedet.

Auf europäischer Ebene stellt sich die Situation gänzlich anders dar. Dies lässt sich zunächst darauf zurückführen, dass es an einem gemeinsamen Begriffsverständnis mangelt. Auch wenn sich das angelsächsische „Volunteering“, das sich noch am ehesten mit „Freiwilligentätigkeit“ übersetzen lässt und dem Europäischen Jahr 2011 seinen Namen gibt, im Sprachgebrauch und im allgemeinen Verständnis weitgehend durchgesetzt hat: Es entspricht konzeptionell nicht dem deutschen Begriff des bürgerschaftlichen Engagements, es erklärt nicht die französische Unterscheidung zwischen „volontariat“ (am ehesten noch zu übersetzen mit Freiwilligendienstform) und „bénévolat“ (Ehrenamt) oder etwa der Unterscheidung im Niederländischen zwischen „vrijwillige inzet“ (Freiwilliger Einsatz oder Engagement) und „vrijwilligerswerk“ (Freiwilligenarbeit). Diesen Begriffen liegen verschiedene Traditionen bürgerschaftlichen Engagements und andere Verständnisse von der Rollen- und Verantwortungsteilung zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft zugrunde.

Sehr unterschiedlich sind daher auch die Bedingungen für das Engagement auf nationaler und kommunaler Ebene. In den skandinavischen Ländern, in Großbritannien oder den Niederlanden gibt es eine lange Tradition des freiwilligen zivilgesellschaftlichen Engagements mit einer gut ausgebauten kommunalen Infrastruktur von vermittelnden Anlaufstellen für Engagierte wie Freiwilligenzentren und -agenturen, die bereits auf eine lange Geschichte und Erfahrung zurückblicken können. In Deutschland, Österreich und auch Frankreich findet ehrenamtliches Engagement traditionell zum großen Teil im Rahmen von Verbands- und Vereinsstrukturen statt. Erst seit einigen Jahren bilden sich kommunale Freiwilligenagenturen und andere über Bundes- und Länderprogramme geförderte Strukturen heraus, die aber nur selten über eine ähnliche finanzielle und organisatorische Stabilität verfügen wie in den nördlichen europäischen Ländern. Im Süden Europas

hingegen findet sich eher eine familienbezogene Tradition des Engagements, während in den neuen Demokratien Osteuropas, wo Engagement hauptsächlich im Rahmen staatlicher oder staatsnaher Organisationen der kommunistischen Regime stattfand, heute nur zaghafte eine Anerkennungskultur für den Wert von Freiwilligentätigkeiten als Ausdruck einer aktiven Bürgergesellschaft entsteht.

Für Anerkennung und Förderung

Vor dem Hintergrund dieser unterschiedlichen Bedingungen setzt sich die EU für das Europäische Jahr 2011 vier zentrale Ziele. Zunächst sollen die Voraussetzungen für die Freiwilligentätigkeit in der EU verbessert werden, indem sich die Mitgliedstaaten europaweit über bewährte Verfahren der Engagementförderung austauschen. Das zweite Ziel besteht darin, die Freiwilligenorganisationen zu stärken und die Qualität der Freiwilligentätigkeiten zu verbessern: Europaweit sollen neue Netzwerke entstehen, die zu mehr Kooperation, Austausch und größeren Synergien beitragen.



Mit dem Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit werden verschiedene Ziele verfolgt

Drittens soll die gesellschaftliche Anerkennung der Engagierten und der von ihnen geleisteten Arbeit gestärkt werden. Dafür wird eine gezielte Presse- und Öffentlichkeitskampagne aufgebaut. Gleichzeitig soll aber auch über eine bessere und europaweit vergleichbare Zertifizierung der Freiwilligentätigkeiten und Anerkennung der im Engagement erworbenen Kompetenzen und Fertigkeiten nachgedacht werden. So könnte das eigene Engagement etwa in einem europäischen Freiwilligenpass dokumentiert werden. Viertens soll mit all diesen Maßnahmen die Bedeutung der Freiwilligentätigkeit stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt werden.

Vielfach wurde bereits kritisiert, dass diesen hohen Zielen zu wenig finanzielle Mittel gegenübergestellt wurden. Europäische Jahre sind aber Kampagnenjahre und keine Förderinstrumente. Die Intention der EU dabei ist, ein Thema von aus ihrer Sicht wachsender

gesellschaftlicher Bedeutung in die öffentliche Wahrnehmung zu rücken und eine europaweite Debatte anzustoßen. Als Kampagnenjahre sind sie daher selten mit nennenswerten Finanzmitteln ausgestattet und kaum von einer großen Projektförderung begleitet. Für das Europäische Jahr 2011 stehen EU-weit acht Millionen Euro zur Verfügung, von denen etwa ein Viertel für eine europaweite Kommunikationskampagne vorgesehen ist. Aus den übrigen Mitteln entfallen lediglich rund 450.000 Euro auf die Umsetzung in Deutschland.

Diese geringe Finanzausstattung und wenig erfolversprechende Aussicht auf finanzielle Projektunterstützung hat in der Vorbereitungsphase vielfach zu Unmut unter den Akteuren geführt, der dem Mehrwert Europäischer Jahre jedoch wenig gerecht wird. Das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeiten 2011 legt seinen Schwerpunkt auf die Öffentlichkeitswirksamkeit und Sensibilisierungsfunktion. Hier haben Europäische Jahre durchaus eine Erfolgsgeschichte vorzuweisen: Begriffe und Konzepte wie „Lebenslanges Lernen“ im Europäischen Jahr 1996 oder „Interkultureller Dialog“ im Europäischen Jahr 2008 haben es so in den sprachlichen Mainstream geschafft.

Umsetzung in Deutschland

Zur Umsetzung des Europäischen Jahres 2011 wurde in jedem Mitgliedstaat der Europäischen Union eine Nationale Koordinierungsstelle eingesetzt, die für die Organisation von Veranstaltungen und der Öffentlichkeitsarbeit auf nationaler Ebene zuständig ist. Die deutsche Koordinierungsstelle ist im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) angesiedelt; für die operative Umsetzung wurde eine Nationale Geschäftsstelle bei der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) eingerichtet.

Offiziell wurde das Europäische Jahr der Freiwilligen in Deutschland am 21. Februar 2011 im Rahmen einer Auftaktveranstaltung eröffnet. Ein **nationales Arbeitsprogramm** für das Europäische Jahr in Deutschland benennt eigene Prioritäten für die Umsetzung wie die Stärkung der Aufmerksamkeit und Anerkennung für Freiwillige und bürgerschaftliches Engagement in der Gesellschaft, einen besonderen Fokus auf generationenübergreifende Aktivitäten, gezielte Ansprache von Älteren sowie Menschen mit Migrationshintergrund oder die Intensivierung des Austausches mit Verbänden und Organisationen der Bürgergesellschaft zur Verbesserung des Umfelds für Freiwillige und bürgerschaftliches Engagement.

Zur Umsetzung dieser Prioritäten wird eine Konferenzreihe mit acht Veranstaltungen durchgeführt und aus den EU-Mitteln für das Europäische Jahr finanziert. Sie sind das Herzstück des nationalen Arbeitsprogramms in Deutschland: Durch die Veranstaltungen soll die Botschaft des Jahres möglichst viele Menschen erreichen und das Bewusstsein in der Gesellschaft für die Bedeutung und den Wert von Freiwilligentätigkeiten gestärkt werden. Die Ergebnisse der Auftaktveranstaltung, das nationale Arbeitsprogramm und die Regionalkonferenzen sind auf der Internetseite der Nationalen Koordinierungsstelle dokumentiert.

Das Europäische Jahr 2011 hätte aber nur wenig Aussicht auf einen erfolgreichen Verlauf, wenn sich nicht Hunderte Vereine, Initiativen und Kommunen auch außerhalb des Nationalen Programms und auf eigene Initiative hin beteiligen würden. Viele bereits etablierte Veranstaltungen und Projekte setzen in diesem Jahr einen europäischen Fokus, wie etwa die vom BBE organisierte bundes-



Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011

weite Woche des Bürgerschaftlichen Engagements im September 2011, oder zahlreiche regionale und kommunale Freiwilligentage. Gleichzeitig nehmen europäische Veranstaltungen wie die Europawoche in Berlin oder der Europatag in Baden-Württemberg das Thema Bürgerengagement als einen Schwerpunkt in ihr Programm auf. Dabei stehen in einem Europäischen Jahr natürlich auch europäische Austauschprojekte im Vordergrund. Städtepartnerschaften beispielsweise bieten einen großartigen Rahmen für die Intensivierung des Austauschs und der Begegnung zivilgesellschaftlicher Initiativen.

Vom Freiwilligenjahr zu einer Engagementpolitik?

Freiwilliges Engagement findet zum überwiegenden Teil auf der lokalen Ebene und im kommunalen Rahmen statt. Es braucht aber Unterstützung und Förderung durch die Landes- und Bundesebene. Darüber besteht weitgehend Einigkeit. Die EU jedoch ist als Akteur der Engagementförderung bisher noch nicht im Bewusstsein der nationalen Einrichtungen und Strukturen angekommen.



Im Rahmen der Woche des bürgerschaftlichen Engagements findet auch immer ein Freiwilligentag statt

Infos

Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit:

☞ <http://europa.eu/volunteering/de>

Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit in Deutschland:

☞ <http://www.ejf2011.de/>

Nationales Arbeitsprogramm für Deutschland:

☞ http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2010/09/ejf2011_nationales_programm.pdf

Das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit bringt politisch aber eine neue Qualität: Neben der europaweiten Förderung von mehr Öffentlichkeit und Anerkennung für das Engagement sowie dem grenzübergreifenden Austausch der Akteure steht auf europäischer Ebene auch die Frage im Vordergrund, welche Aufgaben die Europäische Union in der Engagementförderung wahrnehmen soll. Im Europäischen Freiwilligenjahr 2011 diskutieren dies zum ersten Mal nicht nur die Zusammenschlüsse der Freiwilligenverbände wie das Europäische Freiwilligenzentrum CEV, sondern auch Gremien wie der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss, der Rat der Gemeinden und Regionen Europas und nicht zuletzt die Europäische Kommission.

EU-Förderprogramme sind dabei der sichtbarste Beitrag Europas zur Engagementförderung. Das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ etwa fördert die Begegnung zivilgesellschaftlicher Organisationen ebenso wie den Austausch der Bürger im Rahmen von Städtepartnerschaften. Das Programm „Jugend in Europa“ bietet neben dem Europäischen Freiwilligendienst vielfältige Möglichkeiten für transnationale Jugendprojekte. Das Programm „Grundtvig“ fördert das Engagement älterer Menschen als Teil einer Strategie des lebenslangen Lernens etwa über den Freiwilligendienst für Ältere. All diese Förderprogramme stehen derzeit in der Evaluation und werden ab 2014 neu aufgestellt – dafür braucht es gerade im Europäischen Freiwilligenjahr eine übergreifende Debatte darüber, wie Engagementförderung weiterhin Teil dieser Programme sein kann.

Aber auch der Austausch über bewährte Verfahren der Engagementförderung zwischen den Nationalstaaten und den Kommunen gilt gestaltet und koordiniert zu werden. Welche Rolle nimmt die Europäische Kommission hier ein? Einige Mitgliedstaaten verfügen über ausdifferenzierte rechtliche Rahmenbedingungen wie nationale und regionale Freiwilligengesetze, andere haben nationale Strategien entwickelt. Die Europäische Kommission hat bereits angekündigt, eine Stellungnahme und möglicherweise ein Weißbuch zu veröffentlichen, das hierfür den Weg weisen könnte. 38 europäische Organisationen der Zivilgesellschaft haben sich im Europäischen Jahr in einer Allianz zusammengeschlossen, um ihre Vorschläge zu einer solchen europäischen Engagementstrategie beizusteuern.

Bei einer europäischen Engagementpolitik wird es dabei nicht um überstaatliche Regulierung als vielmehr um die Förderung von Erfahrungsaustausch und die Etablierung

weicher Koordinierungsmechanismen gehen. Das Europäische Jahr 2011 bietet eine gute Gelegenheit, diesen Austausch zu intensivieren und institutionell zu verstetigen. Deutschland kann hier mit seinen unbestreitbaren Erfolgen in der Engagementförderung einen wesentlichen Beitrag leisten. ■

Europäisches Freiwilligenjahr

Umsetzung in Deutschland

Mai 2011

Regionalkonferenz in Hamburg:

„Engagement bewegt Generationen“

Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen, Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros, Körber-Stiftung

Juni 2011

Regionalkonferenz in Potsdam:

„Freiwillige für den Naturschutz – Generationsübergreifend und interkulturell unverzichtbar“

Deutscher Naturschutzring

Juli/August 2011

Regionalkonferenz in Immenhausen bei Kassel:

„Junge Heldinnen und Helden?! – Nachwuchsgewinnung im Bevölkerungsschutz“

Arbeitsgemeinschaft Jugendverbände der Hilfsorganisationen

September 2011

Regionalkonferenz in Frankfurt/Main:

„Förderung freiwilligen Engagements von Migrantinnen im Sport“

Deutscher Olympischer Sportbund

Regionalkonferenz in München:

„Engagement und Erwerbsarbeit in Europa“

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V., Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

Oktober 2011

Regionalkonferenz in Düsseldorf:

„Brücken schlagen, Gemeinschaft zusammen gestalten – bürgerschaftliches Engagement aller Generationen in der (Euro)Region Rhein-Ruhr und den Niederlanden“

Landeshauptstadt Düsseldorf, Deutscher Verein e.V., Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen

Regionalkonferenz in Stuttgart:

„Bürgerschaftliches Engagement für Europa!“

Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Senioren Baden-Württemberg

Ganzjährig

Regionalkonferenz in Sachsen-Anhalt:

„Bürgerschaftliches Engagement in Mitteldeutschland und Europa. Engagement-Werkstätten regional – landesweit – überregional“

Ministerium für Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt

Projekt zum Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit in Gronau:

Botschafter für das Ehrenamt

Ein besonderes Projekt zum Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit hat die Stadt Gronau in Angriff genommen. Unter dem Titel „Botschafter für das Ehrenamt als Basis für die Vernetzung von Städtepartnerschaften“ will die Stadt ein thematisches Netzwerk mit ihren europäischen Partnerstädten Epe in den Niederlanden, Bromsgrove in Großbritannien und Mezöberény in Ungarn aufbauen. In insgesamt drei Veranstaltungen sollen unterschiedliche Menschen aus allen Partnerstädten ihre Erfahrungen und Wertvorstellungen austauschen.

Ein Beitrag von
Gabi Könemann

2011 ist das **Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit** und das Europäische Parlament hat am 16. März 2011 beschlossen, dass 2012 das **Europäische Jahr für aktives Altern und die Solidarität der Generationen** wird. Die Stadt Gronau in Westfalen hat daher beide Themenbereiche als Basis genommen, um eine innovative Form der Vernetzung von Städtepartnerschaften zu schaffen.

☑ **Gronau** ist eine Stadt im „Dreiländereck“ – Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und den Niederlanden – und geprägt von einer multikulturellen Gesellschaft. Hier leben Menschen mit verschiedenen Pässen, sie gehen im Nachbarland zur Arbeit, soziale und kulturelle Kontakte werden länderübergreifend gepflegt. Europa bestimmt somit häufig das tägliche Leben.

Freiwilligentätigkeit und Solidarität der Generationen

Beide Themenbereiche – Freiwilligentätigkeit und die Solidarität der Generationen – sind in ihren Aufgaben und Zielen eng miteinander verbunden. Die Solidarität der Generationen und das Ehrenamt leben voneinander und miteinander. Ehrenamtliche Tätigkeiten werden von Menschen jeden Alters geleistet – und der solidarische Umgang aller Generationen ist geprägt von der freiwilligen Tätigkeit der Menschen – egal ob alt oder jung. Das Ehrenamt zieht sich durch alle Altersstrukturen



Im Rahmen des Ehrenamtsprojekts der Stadt Gronau sollen Jugendliche aus den Partnerstädten gemeinsam ihr Zusammenleben gestalten

und ist daher von immenser Bedeutung für die Gesellschaft. Nicht nur in Deutschland – auch in vielen, vorwiegend europäischen Ländern ist das Ehrenamt unverzichtbar und Bestandteil einer ausgewogenen Gemeinschaft.

Ein Beziehungsnetz aufbauen in Bereichen des freiwilligen Engagements – das ist die Idee des Projekts „Botschafter für das Ehrenamt als Basis für die Vernetzung von Städtepartnerschaften“ der Stadt Gronau. Länderübergreifende Themen wie „Umweltschutz“, „Ehrenamt“ und „Solidarität zwischen den Generationen“ – in allen Bereichen steht das bürgerschaftliche Engagement im Vordergrund. Städtepartnerschaften bilden für dieses Projekt einen hervorragenden Ausgangspunkt: Die freiwillig Tätigen in den vier Partnerländern sind Botschafter für das Ehrenamt und werden im Rahmen des Projektes

Zur Autorin:

Gabi Könemann ist Beauftragte für Städtepartnerschaften der Stadt Gronau.

bestehende Beziehungen nutzen und Kontakte weiter ausbauen. Erfahrungen austauschen, voneinander lernen, Probleme ansprechen und miteinander Lösungen finden – dies ist der Zielgedanke der Veranstalter.

Das Netzwerk umfasst drei Veranstaltungen und zeigt im interkulturellen Dialog, dass alle Bürgerinnen und Bürger an der Entwicklung Europas gemeinsam beteiligt sind. Bei allen Veranstaltungen steht der Mensch im Vordergrund: Durch das Engagement jedes Einzelnen können Toleranz und gegenseitiges Verständnis aufgebaut und gefördert werden. Der demografische Wandel verändert das Zusammenleben von Jung und Alt und hat Einfluss auf unsere Gesellschaft. Gemeinsame Aktivitäten und Dialoge stärken die europäische Identität und tragen dazu bei, dass die Menschen in Europa näher zusammenwachsen. Ehrenamtliche Arbeit ist so bedeutend wie nie zuvor, denn hier werden Menschen füreinander aktiv, zeigen, dass sie Verantwortung übernehmen, und dienen als Vorbild für die Gemeinschaft.

Jugendcamp „Umwelt sucht Schutz“

Im Sommer 2011 startet das Netzwerk mit einem Jugendcamp in Gronau unter dem Thema „Umwelt sucht Schutz“. Teilnehmen werden insgesamt rund 50 Jugendliche aus den Niederlanden, England, Ungarn und Deutschland. Schon bei den Planungen wurden deutsche Jugendliche eingebunden: Sie gestalten das Programm mit, bereiten zum Thema ein Energie-Quiz und einen Umwelt-Check vor und sind für die Gestaltung einer Internetseite verantwortlich. In Zusammenarbeit mit kompetenten Partnern aus dem Bereich des Umwelt- und Naturschutzes sowie der regenerativen Energien haben die Jugendlichen die Aufgabe, das Jugendcamp ökologisch auszurichten. In einer Kreativwerkstatt, bei Betriebsrecherchen, Erkundungen und in Workshops setzen die Jugendlichen sich mit dem Thema „Umwelt“ auseinander, tauschen im interkulturellen Dialog ihre Erfahrungen aus und lernen voneinander, wie in anderen Ländern Umweltprobleme entstehen, aber auch bekämpft werden können. Im Vordergrund steht die Förderung der Partizipation für eine gemeinsame Zukunft und die Freundschaft über Grenzen hinweg.

Das Jugendcamp wird bereits zum dritten Mal in Gronau durchgeführt. Nach 2008 und 2009 in Gronau war 2010 die englische Partnerstadt Bromsgrove Organisator des Jugendcamps. Kontakte zwischen den Jugendlichen

bestehen dank des Internets weiterhin. Darüber hinaus war ein ungarisches Mädchen für fünf Wochen Gast in einer deutschen Familie, zwei deutsche Jugendliche lernten für einige Wochen die englische Lebensweise kennen und auch deutsche Jugendliche sind es, die aktiv in die Planung des Jugendcamps 2011 eingebunden sind und hier zeigen, wie sehr ihnen das Engagement über Grenzen hinweg am Herzen liegt.

Fachtagung zum Ehrenamt

Eine Fachtagung im Herbst 2011 bringt die Akteure an einen Tisch, die koordinierend im Bereich „Ehrenamt“ tätig sind mit dem Ziel, die ehrenamtliche Tätigkeit in den Partnerländern miteinander zu verknüpfen. Gemeinsam soll die Arbeit im Bereich des Ehrenamtes, kombiniert mit dem Gedanken der europäischen Integration und einer nachhaltigen Zusammenarbeit zwischen den Partnerländern, vorangetrieben werden. Kooperationspartner sind die Menschen, die sich mit dem Ehrenamt sowie Städtepartnerschaften befassen: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommunen, Mitglieder von Partnerschaftskomitees, Schulen, soziale und kulturelle Einrichtungen.



Im Rahmen der Jugendcamps bereiten die Jugendlichen ihr Essen selbst

In Workshops und Diskussionsforen stellen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Aufgabe, die Wertstellung des Ehrenamtes in den Partnerländern, die logistischen Herausforderungen bei der Freiwilligentätigkeit und die Möglichkeiten der Motivierung von Jugendlichen für das Ehrenamt zu eruieren und Chancen für eine nachhaltige Kooperation zu schaffen. Dank der Teilnahme zahlreicher Multiplikatoren werden diese für vielfältige Synergieeffekte in den Partnerländern sorgen und somit den Kontakt zwischen ehrenamtlich engagierten Menschen fördern. Ein weiteres Ziel der Fachtagung ist die Beurteilung der bisherigen Arbeit und die Vorbereitung der dritten Maßnahme des Netzwerkes: die Bürgerbegegnung.

Bürgerbegegnung von Alt und Jung

Die Bürgerbegegnung findet im Frühjahr 2012 statt und stellt die Solidarität zwischen den Generationen in den Mittelpunkt. Die Teilnahme steht gleichberechtigt und länderübergreifend allen Bürgerinnen und Bürgern jeder Altersstruktur und Herkunft zu. Interessierte aus Vereinen und Verbänden machen sich ein Bild von der demografischen Entwicklung in Gronaus Partnerländern, diskutieren die unterschiedlichen Wertvorstellungen in Bezug auf Jugend- und Sozialpolitik und vergleichen die Möglichkeiten und Chancen der Partnerstädte, wie Generationen miteinander und füreinander leben können.

Workshops, Seminare und Vorträge tragen dazu bei, Wege und Möglichkeiten aufzuzeigen, die Solidarität zwischen den Generationen zu verstärken und das Ehrenamt öffentlich zu vertreten. Freiwilligendienste aller Generationen bieten die Chance, vor Ort neue Kooperationsmodelle zu entwickeln. Diese können zusätzliche Angebote in den Bereichen Sport, Kultur, Bildung und Soziales realisieren. Bereits bestehende Projekte zeigen die schon vorhandenen Möglichkeiten des Ehrenamtes, machen Mut für neue Ideen und dienen als Basis für künftige Initiativen und Aktionen. Intergenerative Projekte, wie ein PC-Schnupperkurs, ein Foto-Workshop und auch gemeinsames Kochen sollen dazu beitragen, dass die Menschen aller Altersgruppen sich austauschen, ihre Erfahrungen teilen, Altbewährtes zeigen und offen für neue Ideen sind.

Durch den gleichberechtigten Zugang aller Altersstrukturen wird eine ausgewogene Beteiligung von Frauen und Männern,



Das Städtepartnerschaftsprojekt will Menschen aller Generationen zusammenbringen

Erwachsenen und Jugendlichen und Menschen aller Herkunftsländer erreicht. Lokale Verbände, Vereine und Institutionen dienen als Multiplikatoren und werden durch Foto- und Informationsmaterial, welches während der Veranstaltung erstellt wird, unterstützt.

Alle Veranstaltungen im Rahmen des Netzwerkes sollen den Beteiligten Impulse geben, sich ehrenamtlich zu engagieren – ganz im Sinne der europäischen Themen für 2011 und 2012. ■

Infos

Stadt Gronau:

☞ <http://www.gronau.de/>

Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit:

☞ <http://europa.eu/volunteering/de>

Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit in Deutschland:

☞ <http://www.ejf2011.de/>

Europäisches Jahr für aktives Altern und die Solidarität der Generationen:

☞ <http://ec.europa.eu/social/ey2012.jsp?langId=de>

Studie des Ausschusses der Regionen

Mobilität junger Freiwilliger in Europa

Anlässlich des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit 2011 hat der Ausschuss der Regionen (AdR) eine Studie zum Thema „Mobilität junger Freiwilliger in Europa“ vorgelegt. In der Studie werden vor allem die konzeptionellen und praktischen Probleme, die die Mobilität junger Freiwilliger in Europa behindern, sowie deren Lösung untersucht. Dabei stammen viele der Erkenntnisse aus sieben Fallstudien. Die erste Studie widmet sich der Durchführung des von der Europäischen Union finanzierten Programms „Europäischer Freiwilligendienst“ für grenzüberschreitende Freiwilligenarbeit und stellt die einzige verfügbare Quelle vergleichbarer statistischer Angaben zur europaweiten Mobilität Freiwilliger dar. Bei den weiteren

Studien handelt es sich um Analysen der nationalen Rahmenbedingungen für die grenzüberschreitende Freiwilligentätigkeit in den sechs Mitgliedstaaten Deutschland, Italien, Litauen, Schweden, Ungarn und dem Vereinigten Königreich. Diese Fallstudien vermitteln einen Eindruck davon, wie vielfältig sich die grenzüberschreitende Freiwilligenarbeit Jugendlicher in der EU gestaltet.

Studie „Mobilität junger Freiwilliger in Europa“:

☞ http://www.cor.europa.eu/COR_cms/ui/ViewDocument.aspx?siteid=default&contentID=f517e1eb-5905-4296-9969-09aab90cbb22

Freiwilligenprojekt des Turnvereins Jahn-Rheine 1885 e.V.:

Europa in meinem Sportverein

Das von der Europäischen Union geförderte Projekt „Europa in meinem Sportverein“ des Turnvereins Jahn-Rheine 1885 e.V. will ein stärkeres Europabewusstsein in Sportvereinen etablieren und den europäischen Austausch fördern. Dazu werden Sportvereine in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen über die Möglichkeiten des EU-Förderprogramms „Jugend in Aktion“ informiert. Langfristig soll ein nachhaltiges Netzwerk zwischen Sportvereinen in ganz Europa aufgebaut werden.

Ein Beitrag von
Dominika Koczar,
Szabolcs Molnár
und Melih Özkardes

Das Projekt **„Europa in meinem Sportverein“** wurde von fünf Jugendlichen aus Ungarn, Italien, Deutschland, Polen und der Türkei unter der Trägerschaft des **Turnvereins Jahn-Rheine 1885 e.V.** initiiert. Ziel ist es, lokale Sportvereine in Deutschland über die Fördermöglichkeiten zu informieren, die das Programm „Jugend in Aktion“ bietet. Dazu beraten die Initiatoren lokale Sportvereine zu Jugendbegegnungen und dem Europäischen Freiwilligendienst und erläutern die wichtigsten Schritte auf dem Weg zu einem erfolgreichen europäischen Projekt. Die Beratung erfolgt in Form von regelmäßig stattfindenden Workshops. Finanziell gefördert wurde das Projekt bis Ende 2010 im Rahmen des EU-Programms „Jugend in Aktion“.

Zur Auftaktveranstaltung am 12. November 2009 konnten die Initiatoren im Sportpark des Sportvereins Bayer Wuppertal zahlreiche Großsportvereine aus Nordrhein-Westfalen begrüßen. „Einfach erfreulich und überaus positiv war es, für eine schon etwas ältere Vereinsvorsitzende zu erleben, wie das junge Team der Initiative ‚Europa in meinem Sportverein‘ in unserem Workshop es schaffte, die Teilnehmer zu begeistern“, kommentierte die Vorsitzende des Freiburger Kreises e.V. und des Turnvereins Ratingen 1865 e.V., Silvia Glander, den Startschuss des Projekts. „Sie stehen am Anfang der Entwicklung eines nachhaltigen Netzwerkes durch internationale Zusammenarbeit. Sie wollen verdeutlichen, dass Sport ein sehr gutes Werkzeug zur



Die Initiative „Europa in meinem Sportverein“ bringt Jugendliche aus verschiedenen Ländern zusammen

Förderung der aktiven Bürgerschaft und der sozialen Integration junger Menschen ist.“

Warum mehr Europa in Sportvereinen?

In Deutschland gibt es etwa 90.000 Sportvereine. Ein Schwerpunkt der Arbeit dieser Sportvereine liegt in der Jugendarbeit. Es gibt jedoch nur sehr wenige Vereine, die im EU-Förderprogramm „Jugend in Aktion“ Mittel beantragen. Das Engagement des TV Jahn-Rheine 1885 e.V., der seit zehn Jahren europäische Freiwillige in seinem prämierten Kinder- und Jugendkonzept einsetzt, sind die große Ausnahme. Vielmehr pflegen zumeist nur die großen Sportverbände auf Bundesebene internationale Maßnahmen sowie Jugendbegegnungen und Freiwilligendienste. Lokale Vereine bleiben in der Regel außen

Zu den Autoren:

Dominika Koczar, Szabolcs Molnár und **Melih Özkardes** sind Studenten an der Deutschen Sporthochschule Köln im Schwerpunkt „Sportökonomie und -management“ und Leiter des Projektes „Europa in meinem Sportverein“.

vor. „Europa“ ist bei den meisten Vereinen noch nicht angekommen.

Gleichzeitig werden auch die Möglichkeiten des Sports zur Integration europäischer Mitbürgerinnen und -bürger nicht ausreichend genutzt. Dabei könnte der gemeinnützige Sport mit seinen Normen und Werten gerade auch junge Menschen aus ganz Europa miteinander verbinden. Austausch- und Integrationsmöglichkeiten sollten sich daher nicht nur auf „Spitzensportebene“ beschränken.

Die Initiatoren des Projektes „Europa in meinem Sportverein“ haben selbst an europäischen Projekten mitgewirkt und sind der gemeinnützigen Sportbewegung eng verbunden. Wieso soll der Sport nicht von Europa profitieren? Durch europäische Projekte im eigenen Verein können sich Jugendliche sozial und kulturell entwickeln. Diese und weitere positive Effekte Europas möchten die Initiatoren unterstützen und ihre wertvollen Erfahrungen mit Europa an Sportvereine weitergeben.

Was sind die Ziele des Projektes?

Durch das Projekt „Europa in meinem Sportverein“ sollen Breitensportvereine mit Jugendkonzept ein stärkeres Europabewusstsein entwickeln. Durch individuelle Beratung sollen ihnen die Fördermöglichkeiten des EU-Programms [☞ „Jugend in Aktion“](#) transparent gemacht werden. Vereine sollen sich etwa durch eine Teilnahme an Jugendbegegnungen und die Aufnahme von europäischen Freiwilligen aktiv am Programm beteiligen und von den Erfahrungen des TV Jahn-Rheine 1885 e.V. profitieren. Zudem soll ein nachhaltiges Netzwerk zwischen beteiligten Sportvereinen und Organisationen entstehen und durch die Initiative unterstützt werden.

Beratungsangebote in Form von individuellen Workshops waren im ersten Schritt auf Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen fokussiert, sollen aber grundsätzlich interessierten Vereinen in ganz Deutschland offen stehen. Die Internetseite zum Projekt bietet dabei einen Zugang zu den Angeboten und ermöglicht, dass der Austausch nicht nur zwischen Sportvereinen in Deutschland stattfindet, sondern ebenfalls europaweit weitergeht.

Wie kommt Europa in Sportvereine?

Die Möglichkeiten für Vereine, sich zu engagieren, sind breit gefächert. Das EU-

Programm „Jugend in Aktion“ stellt eine gute Einstiegsmöglichkeit für Mehrsparten- und Breitensportvereine mit Jugendkonzept dar. „Der Sport kann partizipieren aus der Vielfalt der Programme, an die die EU Gelder gibt“, betont auch der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Christoph Bergner. Diese Mittel sollten nicht liegengelassen werden.

Wie die Möglichkeiten der europäischen Förderung genutzt werden können, zeigt der münsterländische Großsportverein und Projektträger TV Jahn-Rheine 1885 e.V. Der Verein sammelt bereits seit 2001 Erfahrungen mit dem Aktionsprogramm „Jugend



Breitensportvereine mit einem Jugendkonzept können von Europa profitieren

in Aktion“ im Rahmen des Europäischen Freiwilligendienstes, der mit dem Freiwilligen Sozialen Jahr in Deutschland vergleichbar ist. Bisher nahm der TV Jahn-Rheine 1885 e.V. mehr als zehn junge Menschen aus fünf Nationen auf. Auch zwei Initiatoren von Europa in meinem Sportverein, Francesco de Laurentiis aus Italien und Szabolcs Molnár aus Ungarn, leisteten ihren Europäischen Freiwilligendienst in Rheine und gewannen vor allem im Bereich Kinder- und Jugendarbeit Praxiserfahrung. „Ein Freiwilligendienst ist eine echte Bereicherung für den Sportverein“, betont Vorstandsvorsitzender Ralf Kamp.

Durch sein breites Angebot kann der TV Jahn-Rheine 1885 e.V. die Freiwilligen ent-

Infos

Projekt „Europa in meinem Sportverein“:

[☞ http://www.europa-sportverein.de/](http://www.europa-sportverein.de/)

Turnverein Jahn-Rheine 1885 e.V.:

[☞ http://www.tvjahnreine.de/index.php](http://www.tvjahnreine.de/index.php)

EU-Programm „Jugend in Aktion“:

[☞ http://eacea.ec.europa.eu/youth/index_de.php](http://eacea.ec.europa.eu/youth/index_de.php)

sprechend ihrer Stärken einsetzen. Ralf Kamp betont aber, dass es sich nicht um „internationale“ Trainer handelt: „Alle Freiwilligen werden immer als Ergänzung zu unseren Fachübungsleitern und pädagogischen Mitarbeitern eingesetzt. Sie unterstützen mit ihrem internationalen Blickwinkel unsere Mitarbeiter und sind Teil unseres prämierten Kinder- und Jugendkonzepts. Die qualifizierten Fachkräfte werden also unterstützt, ersetzen sie aber nicht.“

Bilanz und Ausblick

Im Rahmen der Initiative „Europa in meinem Sportverein“ wurden zahlreiche Sportvereine beraten. Allein mit der Auftaktveranstaltung wurden 16 Vereine erreicht. Der Mehrwert, den Europa für Sportvereine bieten kann, wurde deutlich. Auf besonders großes Interesse stießen die Möglichkeiten, die die EU-Förderprogramme für Sportvereine bieten können. „Europa tut unseren Vereinen gut“, weiß einer der Initiatoren. „Einer unserer Vereine hat schon in Köln eine Jugendbegegnung organisiert. Nun folgt die zweite in den



Niederlanden. Zwei Vereine sind mittlerweile als Aufnahmeorganisation akkreditiert und freuen sich auf ihre ersten europäischen Freiwilligen. Weitere Vereine folgen.“

Auch wenn die Förderung des Projektes durch die Europäische Union ausgelaufen ist, wollen die Initiatoren ihre vielfältigen Erfahrungen mit EU-Förderprogrammen und -projekten an weitere Vereine weitergeben und ihre Beratungsangebote fortsetzen, damit die Jugendlichen vor Ort in den Sportvereinen von Europa profitieren können. „Die EU-Förderung für unser Projekt ist nun zu Ende. Deswegen erwarten wir Unterstützung von den Sportdachorganisationen in Nordrhein-Westfalen“, so die Hoffnung der Initiatoren. ■

Im Rahmen von europäischen Jugendbegegnungen entdecken Jugendliche soziale und kulturelle Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Zur Sache

EU-Programm „Jugend in Aktion“

Das EU-Programm „Jugend in Aktion“ zielt darauf ab, unter jungen Europäerinnen und Europäern den Sinn für aktive europäische Bürgerschaft, Solidarität und Toleranz zu schärfen und sie in die Gestaltung der Zukunft der Europäischen Union einzubeziehen. Für das Programm stellt die EU bis einschließlich 2013 insgesamt 885 Millionen Euro für Jugendgruppen, gemeinnützige Vereine und Einrichtungen der Jugendarbeit in 31 Ländern zur Verfügung. Mögliche Antragsteller im Programm sind gemeinnützige Organisationen oder Einrichtungen wie etwa Sportvereine, lokale, regionale oder nationale Einrichtungen, die in der Jugendarbeit tätig sind, sowie informelle Gruppen junger Menschen. Die Initiative „Europa in meinem Sportverein“ legt seinen Beratungsschwerpunkt auf zwei Aktionen: Europäischer Freiwilligendienst und Jugendbegegnungen.

Europäischer Freiwilligendienst

Der Europäische Freiwilligendienst ist ein Aktionsprogramm der EU im Rahmen des Programms „Jugend in Aktion“. Mit dem Europäischen Freiwilligendienst werden Jugendliche für einen bestimmten Zeitraum – in der Regel zwischen sechs Monaten und einem Jahr – im Ausland für eine gemeinnützige Organisation etwa in einem Sportverein tätig. Das Angebot richtet sich grundsätzlich an Jugendliche zwischen 18 und 30 Jahren. In Ausnahmefällen ist auch eine Förderung ab 16 Jahren möglich. Projekte mit Freiwilligen, die älter sind als 25, sind vorrangig jungen

Menschen mit erhöhtem Förderbedarf vorbehalten. Vor, während und nach Beendigung ihres Dienstes werden die Freiwilligen pädagogisch begleitet. Der Europäische Freiwilligendienst ist für die Freiwilligen kostenlos. Ein bestimmter Bildungsabschluss ist nicht notwendig.

Jugendbegegnungen

„Jugendbegegnungen“ werden ebenfalls im Rahmen des EU-Programms „Jugend in Aktion“ von der Europäischen Union gefördert. Eine Jugendbegegnung führt dabei Gruppen junger Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund aus zwei oder mehreren Ländern zusammen. Eine Jugendbegegnung soll eine klare europäische Dimension aufweisen und Themen aufgreifen, die in der Europäischen Union von Interesse sind. Dazu gehören Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Drogenmissbrauch ebenso wie die Auseinandersetzung um gemeinsame Werte, Menschenrechts- und Demokratiefragen, Chancengleichheit und Respekt für andere Kulturen. Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Jugendbegegnungen sollen in jeder Projektphase ihre eigenen Themen einbringen und auch umsetzen können. Für den Erfolg einer Maßnahme ist also die aktive Beteiligung der Jugendlichen erforderlich.

EU-Programm „Jugend in Aktion“:

☞ http://eacea.ec.europa.eu/youth/index_de.php

EU-Projekt „JOBfit – mit Vereinssport zum Job“ im Kreis Offenbach:

Qualifikation durch ehrenamtliches Engagement

Freiwilligentätigkeit und Sport gehören eng zusammen. Diesen Umstand macht sich das von der Europäischen Union geförderte Projekt „JOBfit – mit Vereinssport zum Job“ des Kreises Offenbach zunutze. Ziel ist es, Jugendliche, die sich erfolgreich in Sportvereinen engagieren, den Einstieg in die Ausbildung zu erleichtern.

Ein Beitrag von
Oliver Quilling
und Sibylle Möller

Die Europäische Union hat immer stärkere Auswirkungen auf die lokale Ebene und nimmt an Komplexität zu. Es ist daher unerlässlich, als Kreisverwaltung zum einen über die Geschehnisse in Brüssel und Straßburg informiert zu sein und zum anderen innerhalb der Kreisverwaltung und der Städte und Gemeinden diese Informationen zu transportieren. Der **Kreis Offenbach** unterhält aus diesem Grund seit 2002 ein Europabüro, dem seit 2005 ein Europe Direct-Informationszentrum angeschlossen ist. Wichtig für diese Arbeit ist das Verständnis für die Arbeitsweise und das Zusammenspiel der europäischen Institutionen und Interessensvertretungen in Brüssel. Der Kreis Offenbach hat daher die Chance genutzt, seine Europareferentin für eine vierwöchige Hospitation in das Europabüro des Deutschen Landkreistages in Brüssel zu entsenden. Dieses Europabüro ist ein wichtiger Partner sowohl mit Blick auf die Vermittlung von Kontakten in Brüssel als auch durch seine Informationsdienste, die über die Landesverbände des Deutschen Landkreistages an die Landkreise getragen werden. Im Rahmen der Hospitation wurden aus Anlass des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit 2011 auch die Themen Freiwilligentätigkeit und Sport behandelt.

Die Europäische Union sieht in der Freiwilligentätigkeit eine Stärkung der gemeinsamen europäischen Werte wie Solidarität und sozialer Zusammenhalt. Dies war nur einer von vielen Gründen der Europäischen Union, das Jahr 2011 der Freiwilligentätigkeit zu widmen. Die Europäische Union hat sich dabei zum Ziel gesetzt, freiwilliges Engage-



Hessens Sozialminister Stefan Grüttner (Mitte) ließ sich von Offenbachs Landrat Oliver Quilling (links) und dem Sportkreisvorsitzendem Peter Dinkel das EU-Projekt „JOBfit“ erklären und nahm auch den Antrag für das Folgeprojekt „JOBfit 2.0“ entgegen

ment in der EU auf die politische Agenda zu setzen, Freiwilligenarbeit zu fördern, Freiwilligenorganisationen zu stärken und das ehrenamtliche Engagement stärker zu honorieren. Deutschland setzt in seinen nationalen Prioritäten zum Europäischen Jahr unter anderem auf die gezielte Ansprache von Frauen, jungen Menschen, Migrantinnen und Migranten sowie die bessere Vernetzung und Kooperation der Akteure. Auch für den Kreis Offenbach sind dies wichtige Ziele.

Das Projekt „JOBfit – mit Vereinssport zum Job“

Sport und Verein spielen im Kreis Offenbach eine traditionell große Rolle. Insgesamt ist mit 28,38 Prozent knapp ein Drittel aller Einwohnerinnen und Einwohner des Kreises Offenbach als Vereinsmitglied registriert. Das ergibt die stolze Summe von 96.978 Mitgliedern. An vorderster Stelle rangieren mit 27.049 Mitgliedern die Turnabteilungen

Zu den Autoren:

Oliver Quilling ist Landrat des Kreises Offenbach.

Sibylle Möller ist Europareferentin des Kreises Offenbach.

der Vereine. Auf Platz zwei folgen die Fußballvereine und -abteilungen mit insgesamt 16.466 Mitgliedern. An dritter Stelle befinden sich die aktiven Tennisspieler, deren Anhängerschaft 11.660 Mitglieder umfasst. Mit 5.342 Mitgliedern rangieren die Handballer auf dem respektablen vierten Rang. Dabei sind 36,44 Prozent aller Vereinsmitglieder Jugendliche unter 18 Jahren.

Die Verbindung von sportlichem und ehrenamtlichem Engagement ist also ein wichtiger Stützpfiler der Zivilgesellschaft. Diesen zu festigen und auszubauen, aber auch als Ressource zu nutzen, ist eine der entscheidenden Zukunftsaufgaben im Kreis Offenbach, in Deutschland und Europa. Hier setzt auch das Projekt  „JOBfit – mit Vereinssport zum Job“ an. Denn Qualifikation durch ehrenamtliches Engagement findet offenbar hohe Anerkennung und erhöht die Chancen auf berufliche Ausbildung. Wer im Sportverein aktiv ist, lernt Teamfähigkeit, Zuverlässigkeit und Disziplin und damit Fähigkeiten, die für einen erfolgreichen Ausbildungsabschluss unerlässlich sind. Unternehmen sind auf der Suche nach solchen Kandidatinnen und Kandidaten für ihre Ausbildungsplätze. Diese beiden Interessen verbindet das Projekt „JOBfit – mit Vereinssport zum Job“.

„JOBfit“ verknüpft damit die europäischen Ziele im Bereich der Freiwilligentätigkeit mit denen der EU-Kohäsionspolitik und der europäischen Beschäftigungsstrategie, denn das Projekt wird unter anderem aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert. Mit diesen Schwerpunkten und Synergieeffekten trägt es letztlich auch zur Erreichung der Ziele der Strategie „Europa 2020“, intelligentes und integratives Wachstum, bei.

Das Projekt wird in Zusammenarbeit mit zahlreichen Sportvereinen durchgeführt. Die Idee stammt aus Dänemark, wo der Fußball-Bundesligist Brøndby Kopenhagen das Projekt „Von der Auswechselbank auf den Platz“ auf die Beine gestellt hat. Bisher haben im Kreis Offenbach mehr als 90 Jugendliche das Programm durchlaufen, die bereits zahlreich in Ausbildungs-, Praktikums- und Arbeitsstellen vermittelt worden sind.

Vor rund fünf Jahren fiel der Startschuss als Modellprojekt in Langen. 2009 wurde es auf die Stadt Rodgau ausgedehnt. Ziel ist es, jungen Menschen, die in Vereinen wertvolle und engagierte Arbeit leisten, den Weg zu einem Ausbildungsplatz zu erleichtern. Besondere Zielgruppe des Projektes sind Jugendliche mit Migrationshintergrund sowie junge Aussied-

Buchtipps

Ehrenamtliche Tätigkeit: Meine Rechte und Risiken

Bürgerschaftliches Engagement wird immer wichtiger. Über 23 Millionen Menschen sind ehrenamtlich tätig – in Vereinen, bei der Feuerwehr oder durch Nachbarschaftshilfe. Doch was ist zu tun, wenn etwas passiert? Wer haftet für wen? Wie sind ehrenamtlich Tätige versichert? Haben sie Anspruch auf Ersatz ihrer Kosten, muss eine Aufwandsentschädigung versteuert werden? Und wie lässt sich die Arbeit im Ehrenamt organisieren? Der Ratgeber „Ehrenamtliche Tätigkeiten – Meine Rechte und Risiken“ beantwortet auf 160 Seiten alle wichtigen Fragen zu den Rechten und Risiken im Ehrenamt.

Zunächst werden im ersten Kapitel grundsätzliche Fragen zum Ehrenamt erörtert: was das Ehrenamt eigentlich ist, was beachtet werden muss und wie man zum Beispiel die richtigen Träger für seine Interessen findet.

In einem weiteren Kapitel wird auf die wichtige Frage zur Steuerpflicht beim Ausüben eines Ehrenamtes eingegangen: welche Arten von Steuerbefreiung es überhaupt gibt und was beim Finanzamt angegeben werden muss, wenn Zahlungen an ehrenamtlich Tätige geleistet werden.

Eine wichtige Frage, mit dem sich der Ratgeber ebenfalls in einem eigenen Kapitel beschäftigt, besteht darin, welche Zah-

lungen für ehrenamtliche Tätigkeit bei Sozialleistungen – wie zum Beispiel Arbeitslosengeld, BAföG, Elterngeld, Wohngeld, Sozialhilfe und Renten – anzurechnen sind.

Weitere Kapitel behandeln unter anderem die Themen „Versicherung für Schäden ehrenamtlich engagierter Personen“, „Schadensverursachung durch den ehrenamtlich Tätigen“, „Spezielle Fragen der ehrenamtlichen Tätigkeit“ sowie „Spezielle Formen des Ehrenamts“. Ein umfangreicher Anhang und ein Stichwortverzeichnis komplettieren den informativen Ratgeber.

Der Ratgeber „Ehrenamtliche Tätigkeiten – Meine Rechte und Risiken“ von Bernd Jacquemoth wurde 2008 von der Verbraucherzentrale NRW herausgegeben und kostet 9,90 Euro.

Ratgeber „Ehrenamtliche Tätigkeiten – Meine Rechte und Risiken“:

 <http://www.vz-nrw.de/UNI130615894023079/RG506001A506001AEXT/link506001A>



ler. Prinzipiell steht das Projekt aber allen Jugendlichen offen.

Die zentrale Rolle in dem Projekt kommt den Job-Lotsen zu. Sie sind Ansprechpartner für alle Beteiligten am Projekt. Dabei halten sie sowohl Kontakte zu den Jugendlichen als auch zu den Sponsoren und Firmen sowie Kooperationspartnern. Gleichzeitig werden sie gemeinsam mit den Übungsleiterinnen und Übungsleitern in den Vereinen junge Menschen bei ihrer Entwicklung unterstützen. Im Mittelpunkt stehen Fähigkeiten, die für den erfolgreichen Abschluss einer Berufsausbildung von Bedeutung sind. Während erwachsene Sportlerinnen und Sportler die Jugendlichen als Mentoren begleiten, pflegen die Vereinsvorstände Kontakte zu Unternehmen, die Ausbildungsmöglichkeiten anbieten. Die jungen Menschen, die sich erfolgreich innerhalb des Projektes weiterentwickelt haben, werden bei Unternehmen für einen Ausbildungsplatz empfohlen.

Junge Menschen, die sich ehrenamtlich in Vereinen engagieren, haben so eine reelle Chance auf dem Ausbildungsmarkt. Denn Schulnoten können nicht alle Fähigkeiten und Kompetenzen von einem zukünftigen Auszubildenden widerspiegeln. Durch die Mentoren im Projekt „JOBfit“ kann zukünftigen Arbeitgebern ein umfassendes Bild von der potenziellen Nachwuchskraft vermittelt werden. Denn wer sich über Jahre in seinem Verein engagiert und für sein Team alles gibt, der wird zumeist – auch wenn die Schulnoten dies nicht vermuten lassen – hoch motiviert eine Berufsausbildung absolvieren.

Allein vor dem Hintergrund des demografischen Wandels kann es sich die Gesellschaft nicht länger leisten, junge potenzielle Arbeitskräfte im sozialen Netz zurückzulassen, ganz abgesehen von der moralischen Verpflichtung, jedem jungen Menschen eine Chance auf gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Das Geld, das „JOBfit“ kostet, ist also mehr als gut angelegt. Junge Menschen haben eine echte Chance verdient, denn sie sind die Zukunft. Manche brauchen eben nur noch den entscheidenden Anstoß und Unterstützung.

Nachfolgeprojekt in Vorbereitung

Bereits jetzt zeigt die verbesserte Konjunkturlage, welche wichtige Ressource gut ausgebildete junge Leute für die Zukunft der Wirtschaft darstellen. Deshalb bereitet die Kreisverwaltung Offenbach zurzeit

die Neuauflage „JOBfit 2.0“ vom Bereich Förderung des Ehrenamtes, Sport und Kultur vor. Ab Sommer 2011 werden zu den bisherigen Standorten Rodgau und Langen weitere Partner, vor allem an den Standorten Sprendlingen, Dietzenbach und Neulsenburg, gesucht. Die Standorte Rodgau und Langen sollen dabei als Vorbild für die neuen Partner fungieren und das erworbene Know-how der Joblotsen-Tätigkeiten weitergeben. Bereits Anfang November 2010 wurden der bisherige Verlauf sowie die zukünftige Ausrichtung einem Vertreter des hessischen Sozialministeriums vorgestellt. Der hessische Sozialminister, Stefan Grüttner, informierte sich kürzlich über die Neukonzeption und nahm den Förderantrag entgegen.



Ein eigens eingerichtetes Internetportal informiert über das Projekt „Jobfit“ des Kreises Offenbach

Ab 2011 soll das Projekt an den weiteren Standorten im Kreis Offenbach etabliert werden, um die flächendeckende Übertragung auf alle interessierten Sportvereine im Kreis vorzubereiten. Neu ist die Idee, gleichzeitig Langzeitarbeitslose zu Übungsleitern auszubilden und sie anschließend bei einem Sportverein zu beschäftigen. So sollen sie letztendlich in die Lage versetzt werden, später im Sportbereich eine Anschlussbeschäftigung zu finden.

Die Fortführung des erfolgreichen Projektes ist allerdings nur bei finanzieller Unterstützung zahlreicher Partner, wie unter anderem dem Europäischen Sozialfonds und Stiftungen, gewährleistet. Derzeit laufen die Antragsverfahren. ■

Infos

Kreis Offenbach:

☞ <http://www.kreis-offenbach.de/>

Projekt „JOBfit“:

☞ <http://www.jobfit-projekt.de/>

Freiwilliges Engagement im Kreis Lippe und im Austausch mit Europa:

Ohne sie läuft nichts!

Mit dem „Markt der Möglichkeiten“ am 23. Oktober 2011 in Lemgo will der Kreis Lippe einen Impuls zur Förderung ehrenamtlichen Engagements setzen. Dabei öffnet sich der Markt im Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit erstmals auch für die europäischen Partnerstädte der lippischen Städte und Gemeinden.

Ein Beitrag von
Birgit Essling

Ohne ehrenamtlich Tätige würden viele Bereiche des öffentlichen und sozialen Lebens kaum mehr existieren und funktionieren. Doch die unverzichtbaren freiwilligen Helferinnen und Helfer benötigen häufig selber Unterstützung und darauf reagiert der **Kreis Lippe** seit 2008. Ein Ehrenamtsbüro mit umfassenden Dienstleistungen steht den Menschen, die sich bürgerschaftlich engagieren, als Anlaufstelle zur Verfügung. Hier erhalten ehrenamtlich Tätige oder die, die es werden wollen, umfassende Beratung in allen Fragen rund um das Ehrenamt. Außerdem ist es dem Kreis ein großes Anliegen, mit dem Ehrenamtsbüro langjähriges ehrenamtliches Engagement anzuerkennen. Denn in Lippe hat bürgerschaftliches Engagement eine lange Tradition.

Das Ehrenamtsbüro ist Ansprechpartner für alle Fragen und Probleme rund um das Ehrenamt. Um die Ehrenamtlichen fit für die vielfältigen Aufgaben und Anforderungen zu machen, organisiert das Ehrenamtsbüro ein breites Spektrum an Fortbildungen und Seminaren. Dabei stehen steuerrechtliche und versicherungstechnische Fragen, Fundraising, Projektmanagement und Mitarbeitergewinnung gleichermaßen im Mittelpunkt wie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Netzwerkarbeit und Austausch sind entscheidende Elemente der regelmäßigen Zusammenarbeit der vielen unterschiedlichen Helferinnen und Helfern. Daher organisiert und koordiniert das Ehrenamtsbüro regelmäßige Treffen im „Lippischen Forum Ehrenamt“ und auf dem „Markt der Möglichkeiten“.

Im Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit öffnet sich der „Markt der Möglichkeiten 2011“ am 23. Oktober 2011 in der Lipperlandhalle in Lemgo auch für die europäischen Partnerstädte der lippischen Städte und Gemeinden. Die Veranstaltung bietet erstmalig



Landrat Friedel Heuwinkel (links) und Saskia Frei-Klages (2. v. rechts) vom Ehrenamtsbüro des Kreises Lippe vergaben kürzlich Engagementnachweise an Maïke Schilling, Thorsten Nieder und Holger Hamann vom CVJM Pivitsheide

für interessierte gemeinnützige Vereine und Organisationen aus dem In- und Ausland eine öffentliche Plattform zur Präsentation und zum Austausch. Der „Markt der Möglichkeiten 2011“ stellt die europäischen Vereine und Organisationen und deren Arbeit vor. Auch wirbt er für freiwillige Mithelferinnen und -helfer – und dies grenzüberschreitend. Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren möchten und (noch) nicht wissen wo, finden hier ein vielfältiges und spannendes Angebot.

Der Landrat des Landkreises Lippe, Friedel Heuwinkel, blickt nach den Entwicklungen der vergangenen Jahre stolz auf die Arbeit des Ehrenamtsbüros. „Die Einrichtung des Ehrenamtsbüros hat das bürgerschaftliche Engagement sehr positiv befördert. Mit der diesjährigen Öffnung nach Europa schlägt der Kreis Lippe Brücken und macht neues und grenzüberschreitendes Engagement möglich. Besonders für junge Menschen hat dies besonderen Reiz.“

Infos

Kreis Lippe:

☞ <http://www.kreis-lippe.de/>

Zur Autorin:

Birgit Essling ist Leiterin des EU-Verbindungsbüros des Landkreistages Nordrhein-Westfalen in Brüssel.

European Employee Volunteering Award an die Stadt Wiesbaden:

Engagiert für Unternehmen

In der Stadt Wiesbaden ist die Förderung bürgerschaftlichen Engagements von Unternehmen fest als Strategie implementiert. Hierfür wurde ein eigenes Servicebüro eingerichtet, das verschiedene aufeinander abgestimmte Angebote für Unternehmen entwickelt und umsetzt. Dafür wurde die hessische Landeshauptstadt kürzlich in der Kategorie „Öffentliche Verwaltungen“ mit dem „European Employee Volunteering Award“ ausgezeichnet.

Die **Stadt Wiesbaden** ist sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene mit dem **„European Employee Volunteering Award“** ausgezeichnet worden, der anlässlich des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit 2011 national in 23 Ländern sowie europaweit vergeben wurde. Mit dem Preis wurden sowohl Unternehmen prämiert, die bürgerschaftliches Engagement ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fördern, als auch öffentliche Verwaltungen, die das Engagement von Unternehmensmitarbeiterinnen und -mitarbeitern auf lokaler und regionaler Ebene fördern. Der Wettbewerb wurde von „Business in the Community“ aus Großbritannien und 21 nationalen Partnerorganisationen durchgeführt und unter anderem von der Europäischen Kommission finanziell gefördert. Deutsche Partnerorganisation war die Bundesinitiative **„Unternehmen: Partner der Jugend“ (UPJ)**.

Die Stadt Wiesbaden errang den „European Employee Volunteering Award“ in der Kategorie „Öffentliche Verwaltungen“, weil sie in den letzten Jahren die Förderung bürgerschaftlichen Engagements von Unternehmen als Strategie und neues Arbeitsfeld im Sozialdezernat der Stadt implementiert hat. Hierfür wurde ein eigenes UPJ-Servicebüro beim Magistrat der Landeshauptstadt beziehungsweise beim Amt für Soziale Arbeit eingerichtet, das verschiedene aufeinander abgestimmte Angebote für Unternehmen entwickelt und umsetzt. Das Angebot reicht dabei vom Einstieg im Rahmen des jährlichen Unternehmensaktionstages „Wiesbaden Engagiert!“ über das langfristige Mentoring-

Programm „WiesPaten“ im Bereich Integration bis hin zu einer Auszeichnung von engagierten Unternehmen mit der „Goldenen Lilie“.

Das gelungene Gesamtkonzept der Initiative – von der Verankerung bürgerschaftlichen Engagements als festen Arbeitsbereich über die Konzeption der einzelnen, zielgruppengerechten Aktivitäten bis hin zu den Ergebnissen – hat Vorbildcharakter für Kommunen in Deutschland und im Vergleich der europäischen Länder. Denn bis heute haben rund 290 Unternehmen und 3.500 Beschäftigte durch die Projekte des Servicebüros einen Zugang zu bürgerschaftlichem Engagement gefunden und knapp 50.000 Menschen haben von den Ergebnissen der Projekte profitiert.

Der Sozialdezernent der Stadt Wiesbaden, Arno Goßmann, freute sich über die Auszeichnung und betonte, dass dieser Erfolg ohne die Unterstützung starker Partner seit dem Start des Vorhabens vor knapp elf Jahren nicht möglich gewesen wäre. Stellvertretend nannte er den Senior Advisor der Unternehmensberatung Arthur D. Little, Professor Dr. Tom Sommerlatte, sowie die Geschäftsführerin von Dow Corning, Elisabeth Ganss. Beide nahmen an der Preisverleihung in London am 17. März 2011 teil. Zur nationalen Preisverleihung am 21. Februar 2011 in Berlin wurden die Vertreter des Amtes für Soziale Arbeit der Stadt Wiesbaden von Daniela Gramlich von der Nassauischen Sparkasse und Birgit Cäsar-Preller von der Rechtsanwaltskanzlei Cäsar-Preller begleitet. ■

Infos

Stadt Wiesbaden:

☞ <http://www.wiesbaden.de/>

European Employee Volunteering Awards:

☞ http://www.bitc.org.uk/global/european_volunteering_awards/index.html

European Employee Volunteering Awards – Deutschland:

☞ <http://www.upj.de/eeva2011>

Deutsch-Russische Städtepartnerkonferenz in Rothenburg ob der Tauber:

Impulse für die Modernisierung

Über 300 Gäste aus mehr als 70 deutschen und 50 russischen Städten nahmen vom 13. bis 15. April 2011 in Berlin und in Rothenburg ob der Tauber an der XI. Deutsch-Russischen Städtepartnerkonferenz teil. Oberbürgermeister und Entscheidungsträger kooperierender Städte in Deutschland und Russland sowie Vertreter von Nichtregierungsorganisationen diskutierten über „Städtepartnerschaften: kommunale Impulse für die Modernisierung von Gesellschaft, Kommunalverwaltung und Wirtschaft“.

Ein Beitrag von
Elisabeth Schütze

Zum Auftakt der dreitägigen **Deutsch-Russischen Städtepartnerkonferenz** hatte Bundespräsident Christian Wulff die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am 13. April 2011 zum Empfang in das Schloss Bellevue nach Berlin eingeladen. In seiner Rede würdigte Wulff die engen freundschaftlichen Beziehungen zwischen Russland und Deutschland und ging auf die sich verändernden Motive von deutsch-russischen Städtepartnerschaften seit der ersten Partnerschaft zwischen dem damaligen Leningrad (heute Sankt Petersburg) und Hamburg ein, die im Jahr 1957 beschlossen wurde.

Der Empfang bot auch den idealen Rahmen für die Unterzeichnung von drei neuen kommunalen Verbindungen zwischen Deutschland und Russland. So unterschrieben Vertreter der Städte Baden-Baden und Sotschi einen Kooperationsvertrag, der in naher Zukunft zur Unterzeichnung eines Partnerschaftsvertrages führen soll. Zudem schlossen die Kreise Düren und Mytischtschi eine Partnerschaft. Die dritte Partnerschaft wurde zwischen Amt Zarrentin und Murino besiegelt.

Fortgesetzt wurde die Konferenz am 14. und 15. April 2011 in der Stadt Rothenburg ob der Tauber. Dafür bot die Stadt nicht nur einen gelungenen Rahmen, weil sie besonders durch ihr mittelalterliches Stadtbild international bekannt ist, sondern auch weil sie Partner der russischen Stadt Susdal ist und



Die deutschen und russischen Kommunalvertreterinnen und -vertreter diskutierten über kommunale Aspekte der deutsch-russischen Beziehungen

somit selbst Erfahrungen im Umgang mit einer Städtepartnerschaft zu einer russischen Stadt vorweisen kann.

Die Stadt war in den russischen Nationalfarben festlich geschmückt und bot den mehr als 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus über 70 deutschen und 50 russischen Städten einen gelungenen Empfang. Zum Thema „Städtepartnerschaften: kommunale Impulse für die Modernisierung von Gesellschaft, Kommunalverwaltung und Wirtschaft“ diskutierten die Vertreterinnen und Vertreter deutscher und russischer Städte sowie von Nichtregierungsorganisationen in den Plenumsitzungen, aber auch in den fünf verschiedenen Arbeitsgruppen konkrete Aspekte der deutsch-russischen Beziehungen.

Zur Autorin:

Elisabeth Schütze ist Praktikantin in der Europaabteilung des Deutschen Städtetages (DST).



Die XI. Deutsch-Russische Städtepartnerschaftskonferenz lockte über 300 Gäste nach Rothenburg ob der Tauber

Neben Arbeitsgruppen zu den Themen „Jugendaustausch und Sprachförderung“, „Brand- und Katastrophenschutz“, „City-marketing“ sowie „Verwaltung und Zivilgesellschaft“ gab es eine Arbeitsgruppe zum Thema „Innovative Entwicklung der Kommunalverwaltung“, die unter Beteiligung der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen (RGRE) durchgeführt wurde. Unter der Moderation des stellvertretenden Generalsekretärs der deutschen RGRE-Sektion, Walter Leitermann, und seinem Co-Moderator Alexej Sokin vom russischen Föderationsrat fand dabei ein reger Austausch zu den Themen „E-Government“, „Kommunale Abfallwirtschaft“ und „Öffentlich Private Partnerschaften“ statt.

E-Government-Dienste

Im Bereich des E-Governments konnten interessante Vergleiche zwischen Deutschland und Russland gezogen werden. E-Government bezeichnet nach dem Europäischen E-Government-Aktionsplan für die Jahre 2011 bis 2015 elektronische Behörden-dienste, die in Zeiten knapper werdender öffentlicher Mittel durch die Ausschöpfung der Vorteile der Informations- und Kommunikationstechnologien dem öffentlichen Sektor helfen, innovative Wege bei der Erbringung seiner Dienstleistungen für die Bürger zu gehen, seine Effizienz zu steigern und Kosten zu senken. Das heißt, dass man Verwaltungsleistungen bequem vom heimischen Computer aus in Anspruch nehmen kann und sich den Gang in die Behörde erspart. Das Konzept bringt sowohl den Bürgern als auch den Verwaltungsmitarbeitern Erleichterungen.

Zudem werden Barrieren abgebaut und auch Menschen mit Behinderungen haben erleichterten Zugang zu den Dienstleistungen der Verwaltung.

Beispiele für solche Dienstleistungen sind Passverlängerungen oder Kfz-Anmeldungen. Die Nutzung dieser Services setzt allerdings einen Internetanschluss voraus. Gerade in diesem Bereich sind nach wie vor große Unterschiede im Vergleich zwischen der Russischen Föderation und Deutschland zu verzeichnen. Mit einem Anteil von 75 Prozent der Haushalte haben in Deutschland doppelt so viele Menschen Zugang zum Internet wie in Russland, was den besonderen geografischen Herausforderungen in Russland zuzuschreiben ist, da viele ländliche Räume nicht erschlossen sind. Weiterhin sind in russischen Verwaltungsbehörden ein hoher Grad an Bürokratie und Geschlossenheit der Abteilungen innerhalb der Organisationsstruktur zu erkennen, was einer flexiblen Zusammenarbeit der verschiedenen Abteilungen als Grundvoraussetzung für die Abwicklung von Verwaltungsdienstleistungen im Internet entgegensteht. Daher ist die Verbreitung des E-Governments in Russland noch eher gering und Partnerschaften zwischen deutschen und russischen Kommunen könnten dazu genutzt werden, in diesem Bereich Verbesserungen zu erreichen.

Ein Lösungsansatz für das Problem der geringen Internetabdeckung wurde bereits mit der Einrichtung von Multifunktionszentren, die nach dem One-Stop-Prinzip agieren, etabliert. Hiermit wird auch den landestypischen Besonderheiten Rechnung getragen, dass man sich in Russland immer

noch lieber persönlich sieht als nur virtuell zu kommunizieren. Generell geht der Trend aber zur Erweiterung des Serviceangebots über das E-Government. Um die Attraktivität für die Bürger zu steigern, sollen dabei nicht nur herkömmliche Services angeboten, sondern die Palette bis hin zum Buchen von Kino- oder Theaterkarten über dasselbe Internetportal erweitert werden.

Abfallwirtschaft

Auch im Bereich der Abfallwirtschaft gibt es große Unterschiede zwischen Russland und Deutschland. In Russland ist die Lebensqualität gerade in industriellen Ballungszentren durch Industrieabfälle und die dadurch verursachte Umweltverschmutzung häufig erheblich eingeschränkt. Deshalb arbeitet man, besonders auch im Rahmen von Partnerschaften, auf eine Weiterentwicklung der entsprechenden Technik, ein effizienteres Monitoring und Verbesserungen im Bereich Bildung und Aufklärung hin. Besonders die Bereiche Abfalltransport und Recycling sind dabei attraktive Bereiche für Partnerschaften zwischen russischen und deutschen Akteuren – auch im Rahmen von Öffentlich-Privaten Partnerschaften. Weil das Vertrauen in kommunale Dienstleister seitens der russischen Bevölkerung weitestgehend nicht vorhanden ist, gibt es zudem immer noch große Probleme mit der Etablierung eines Abfallgebührensyste.ms.

Auf deutscher Seite macht sich hingegen zunehmend der Bevölkerungsrückgang bemerkbar. Da es bei der Abfallbeseitigung Fixkosten gibt, die unabhängig vom Müllaufkommen gleich hoch bleiben, müssen die entstehenden Kosten bei einer kleiner werdenden Bevölkerung auf weniger Menschen verteilt werden, wodurch letztlich höhere Müllgebühren für den Einzelnen entstehen. Verstärkte Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sollen hier die Bürger zukünftig besser informieren, wobei die Aufklärungsarbeit bereits im Kindesalter erfolgen soll. Beispielhafte Projekte zur Förderung des Umweltbewusstseins könnten beispielsweise Stadtreinigungsaktionen sein.

Öffentlich-Private Partnerschaften

Auch zum Thema „Öffentlich-Private Partnerschaften“ gab es rege Diskussionen in der Arbeitsgruppe. Öffentlich-Private Partnerschaften bezeichnen das partnerschaftliche Zusammenwirken von

öffentlicher Hand und Privatwirtschaft mit dem Ziel einer besseren wirtschaftlichen Erfüllung öffentlicher Aufgaben. In Russland werden Modelle Öffentlich-Privater Partnerschaften bereits vermehrt genutzt, da sie sich gerade in Zeiten knapper Kassen als effektives Instrument zur Durchführung von Projekten wie etwa dem Aufbau von Kinderbetreuungs- und Behinderteneinrichtungen erwiesen haben. Im Gegensatz zu Deutschland, wo das Konzept der Öffentlich-Privaten Partnerschaften durch ein Gesetz auch gesetzlich verankert ist, gibt es in Russland bisher noch keine Gesetzesgrundlage. Jedoch gibt es in einzelnen Regionen bereits Bestrebungen zur Entwicklung eines entsprechenden Gesetzesentwurfes. Weiterhin ist geplant, Öffentlich-Private Partnerschaften in der Abfallwirtschaft einzusetzen. Besonders im Umweltbereich



In Arbeitsgruppen wurden Einzelaspekte der deutsch-russischen Kommunalpartnerschaften diskutiert

will man mit entsprechenden deutsch-russischen Partnerschaften Verbesserungen erzielen.

Die XI. Deutsch-Russische Städtepartnerkonferenz wurde vom Deutsch-Russischen Forum, dem Bundesverband Deutscher West-Ost-Gesellschaften in Berlin, der Internationalen Assoziation „Partnerstädte“ in Moskau und der Stiftung West-Östliche Begegnungen in Kooperation mit dem Petersburger Dialog veranstaltet. Die Städtepartnerkonferenz findet turnusmäßig alle zwei Jahre statt. Gastgeber der XII. Konferenz wird 2013 das russische Uljanowsk sein. ■

Infos

XI. Deutsch-Russische Städtepartnerkonferenz in Rothenburg ob der Tauber:

☞ <http://www.deutsch-russisches-forum.de/index.php?id=365>

Zweiter Deutsch-Belgischer Partnerstättetag in Köln:

Ein Tag im Zeichen der Jugend

Der Deutsch-Belgische Partnerstättetag am 11. April 2011 hat Vertreterinnen und Vertreter von über 80 Städten und Gemeinden aus Belgien und Deutschland in Köln zusammengebracht. Die rund 180 Teilnehmerinnen und Teilnehmer tauschten sich zum Thema „Jugend“ aus und erhielten Einblicke in innovative Projekte der kommunalen Jugendarbeit.

Ein Beitrag von
Ines Spengler

Das Belgische Generalkonsulat in Köln hatte in Zusammenarbeit mit den Botschaften der jeweiligen Länder, den kommunalen Spitzenverbänden und der Stadt Köln zum Zweiten Deutsch-Belgischen Partnerstättetag am 11. April 2011 in die Domstadt Köln eingeladen. Es wurde ein abwechslungsreiches Programm geboten, in dessen Mittelpunkt das Motto „Jugend“ stand. Begrüßt wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer vom Botschafter Belgiens in Berlin, Renier Nijskens, dem Botschafter Deutschlands in Brüssel, Professor Dr. Reinhard Bettzuege, der Bürgermeisterin der Stadt Köln, Elfi Scho-Antwerpes, sowie dem Staatssekretär im Ministerium für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen, Marc Jan Eumann.

Der belgische Botschafter Renier Nijskens verwies in seiner Begrüßung auf ein Jubiläum im Jahr 2011, das beide Länder verbindet: Vor 60 Jahren fand die Anerkennung der Bundesrepublik Deutschland durch das Königreich Belgien statt. In der Rückschau auf die vergangenen Jahre stellte Nijskens fest, dass es ausreichend Potenzial und viele gute Gelegenheiten gegeben habe, um einen fruchtbaren Austausch zwischen Deutschland und dem Königreich Belgien zu entwickeln. Das treffe insbesondere auch für den Bereich des Jugendaustauschs zu. Allerdings sei es an der Zeit, das Wesen der Partnerschaften zu modernisieren. Nijskens zeigte sich erfreut über die überaus hohe Teilnehmerzahl der Veranstaltung. Sie sei eine Bestätigung



In der Partnerschaftsarbeit Engagierte aus Deutschland und Belgien tauschten sich zum Thema „Jugend“ aus

dafür, wie groß das Interesse an dem Thema und am Austausch sei.

Der deutsche Botschafter in Belgien, Professor Dr. Reinhard Bettzuege, unterstrich in seiner Rede, dass Städtepartnerschaften dazu beitragen, dass die Ländergrenzen verwischen. Jugendaustausche und -begegnungen spielten dabei eine hervorgehobene Rolle. Bettzuege betonte, dass die Jugendarbeit stets auf der lokalen Ebene, also in den Kommunen, beginne. Auch hier sei der Motor für Integration angesiedelt. In der Veranstaltung gelte es nun, den Mehrwert der Städtepartnerschaften für die Jugend herauszuarbeiten und Wege zu finden, die Partnerschaftsarbeit mit der Jugendarbeit zu verbinden.

Die Kölner Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes begrüßte die Teilnehmer im Namen der Domstadt, die seit 1958 eine Städtepartnerschaft mit der belgischen Stadt Lüttich pflegt. Scho-Antwerpes unterstrich die Bedeutung der Veranstaltung als Plattform

Zur Autorin:

Ines Spengler ist Mitarbeiterin in der Geschäftsstelle der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) und dort unter anderem im Bereich „Kommunalpartnerschaften“ tätig.



für Austausch und Kommunikation unter den Städtepartnern. Sie betonte, dass die Jugendarbeit einen wichtigen Bereich im Rahmen der Städtepartnerschaftsarbeit darstelle. Die Stadt Köln lege dabei besonderen Wert auf die Integration von jugendlichen Migranten. Hierfür sei ein interkulturelles Referat eingerichtet, das einerseits die Wahrung der kulturellen Diversität fördere, andererseits aber die Migranten im Prozess der gesellschaftlichen Integration unterstütze.

Staatssekretär Marc Jan Eumann überbrachte die Grüße der nordrhein-westfälischen Europaministerin Angelica Schwall-Düren und betonte in seiner Ansprache, dass das Europa von heute für Jugendliche eine Selbstverständlichkeit sei, ganz im Gegensatz zu den 1960-er Jahren, als die Europäische Union größtenteils noch eine Vision gewesen sei. Die Arbeit mit Jugendlichen im Rahmen von Städtepartnerschaften sei Garant und Vorreiter für die friedliche Zusammenarbeit und das Zusammenleben in Europa. Gerade in Nordrhein-Westfalen würden durch die Städtepartnerschaften fruchtbare Austausche gefördert, da die Nachbarschaft zu Belgien, aber auch den Niederlanden, hervorragende Voraussetzungen böte, um Projekte in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit durchzuführen.

Ergebnisse der Shell-Jugendstudie 2010

Einen interessanten Einblick in die Ergebnisse der Shell-Jugendstudie 2010 gab Professor Dr. Mathias Albert von der Universität Bielefeld. Im Rahmen der Studie werden seit 1953 regelmäßig die Einstellungen, Werte, Gewohnheiten und das Sozialverhalten von Jugendlichen in Deutschland untersucht. Albrecht nannte zunächst einige Grunderkenntnisse der Studie: So hätten 59 Prozent der Jugendlichen eine optimistische Zukunftserwartung, 71 Prozent der Jugendlichen gäben der Familie einen hohen Stellenwert.

Das Verhältnis zwischen Eltern und ihren jugendlichen Kindern beschreibt die Studie als durchschnittlich gut bis sehr gut; dieser Wert sinkt allerdings bei Jugendlichen aus benachteiligten Familien. Jugendliche verbringen auch mehr Zeit in Bildungsinstitutionen als früher. Das politische Interesse liegt bei durchschnittlich 37 Prozent – in den 1990-er Jahren lag dieser Wert bei 50 Prozent. Allerdings ist besonders bei sehr jungen Menschen ein Anstieg des Interesses zu verzeichnen. Eine Bereitschaft zum politischen Engagement haben zwei Drittel der Befragten.

Aus diesen und weiteren Ergebnissen der Studie könne festgehalten werden, dass es sich bei der derzeitigen Generation der Jugendlichen um pragmatische und selbstbewusste junge Menschen handle, soziale Disparitäten spielten allerdings eine Rolle und ein Problem stelle die frühe Umstrukturierung der Lebensphasen dar. Der Grund hierfür sei, dass der Eintritt Jugendlicher in das Erwachsenenalter sich nach vorne verschoben habe. Deshalb seien die politisch Verantwortlichen jetzt in der Pflicht, den Übergang vom Jugendlichen- ins Erwachsenenalter sinnvoll zu gestalten.

Jugendpolitik in den Kommunen

Im Anschluss gab Annie Nagels, Beigeordnete der Stadt Genk für Jugend, einen Überblick über die Jugendpolitik in der flämischen Stadt. Unter dem Motto „Fix me da!“ wurde in Genk ein neues Jugendzentrum für junge Migranten eingerichtet. Zehn Vollzeitmitarbeiter sind im so genannten „Jugenddienst“ tätig. Die Stadt hat außerdem einen dreijährigen Jugendplan erstellt und beteiligt Jugendliche durch Umfragen aktiv am Geschehen in der Stadt. Die Vision hinter den vielfältigen Aktivitäten der Stadt Genk ist es, Brücken zu bauen, um Kluften zu überwinden und um Jugendliche zu stärken. Auch die

Rund 180 Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen zum zweiten Deutsch-Belgischen Partnerstädte tag nach Köln

Städtepartnerschaft Genks mit einer Stadt in Botswana wurde in das Jugenddienstprojekt eingebunden: Es gibt einen Austausch zwischen Kunststudenten, der Ausbau eines Jugendzentrums wurde unterstützt und Praktika vermittelt.

Mohamed Hamra aus Lüttich stellte das Projekt „Collectif Espoir Mixité – Vielfalt in den Jugendhäusern“ der Stadt Lüttich vor. Zielgruppe dieses Projektes sind Jugendliche aus sozialen Randgruppen. Die Jugendhäuser sollen die Jugendlichen dabei unterstützen, sich auf demokratische Werte hin zu bewegen. Auch bei diesem Projekt wird klar, welche Bedeutung die lokale Ebene für die partizipative Demokratie hat und in welcher Weise die Beteiligten aus der Vielfalt profitieren und positive Effekte herausziehen können. In dem gezeigten Videoclip zur Initiative konnten sich die Teilnehmer ein anschauliches Bild von den Aktivitäten in der Jugendinitiative machen.

Ein weiteres Projekt der Jugendarbeit präsentierte Marco Wingerd, Referent beim Volksbund deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. Im belgischen Lommel unterhält der Volksbund eine internationale Jugendbegegnungs- und Bildungsstätte, in der sich Jugendliche und Erwachsene mit der deutsch-belgischen Geschichte auseinandersetzen. Die Begegnungsstätte ist Teil der Jugendarbeit des Verbandes, die sich der Friedensbildung verschrieben hat. Hintergrund für die Wahl der Gemeinde Lommel als Stätte für Jugendbegegnungen ist die Tatsache, dass sich dort die größte Kriegsgräberstätte in Westeuropa befindet. Jugendlichen sollen die Folgen von Krieg und Gewalt deutlich gemacht werden; internationale Begegnungen tragen zu gegenseitigem Verständnis und Akzeptanz bei. Auch verschiedene Projekte mit Schulen stellen die Zusammenhänge zwischen gestern und heute dar.

Den Jugendrat in der belgischen Stadt Namur stellte Tanguy Aupert, Jugendbeigeordneter der Stadt Namur, vor. In der wallonischen Hauptstadt, die geprägt ist vom studentischen Leben, wurden vor zehn Jahren fehlende Strukturen im Bereich Jugendarbeit konstatiert. Zur Einbindung der Jugendlichen in die politische Arbeit der Stadt wurde beschlossen, einen Jugendrat zu installieren, der schließlich vor einem Jahr gegründet wurde. Jugendliche wurden über Informationskampagnen an Schulen ausgewählt oder konnten sich über das Internet für eine Mitwirkung im Jugendrat bewerben. Die Mitglieder des Jugendrates sind zwei Jahre im Amt, um die schulische Ausbildung

oder deren Abschluss nicht zu gefährden. Der Jugendrat veranstaltet drei öffentliche Versammlungen pro Jahr; interne Sitzungen finden einmal im Monat statt. Gegenwärtig hat sich der Jugendrat den drei Themen Freizeitbetreuung, Soziales sowie Kommunikation verschrieben. Für das Jahr 2011 sind Projekte geplant, die sich mit den Themen Jugendliche und Medien, einem generationsübergreifenden Tanzprojekt sowie den Menschenrechten befassen.

Zum Abschluss der vormittäglichen Sitzung gab Joana Viera da Silva von der Europäischen Kommission und zuständig für den Bereich Städtepartnerschaften des Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ einen Überblick über die gegenwärtige Situation im Programm sowie einen Ausblick auf die Inhalte und Anforderungen des Programms ab 2014. Sie informierte die Teilnehmer, dass im Bereich Städtepartnerschaften bisher 2.800 Projekte europaweit finanziert worden seien. Im Hinblick auf die zukünftige Gestaltung des Programms sei man derzeit dabei, die Zwischenergebnisse zu evaluieren. Die Ende 2010 durchgeführte Online-Konsultation zur Zukunft des Programms bilde eine gute Grundlage für die Ausgestaltung des künftigen Programms. Zum weiteren Verlauf führte sie aus, dass die Europäische Kommission eine entsprechende Mitteilung erstellen werde, die dann dem Europäischen Rat und dem Europäischen Parlament vorgelegt werde. Eine endgültige Entscheidung über die Inhalte des Nachfolgeprogramms werde Mitte 2013 ergehen.

Am Nachmittag hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in sechs Workshops die Gelegenheit, sich über verschiedene Aspekte der europäischen, aber auch kommunalen Jugendarbeit in Deutschland und Belgien auszutauschen. Anschließend wurden wie bereits beim ersten Partnerstädte tag Ehrenurkunden für runde Partnerschaftsjubiläen verliehen. Nach der Verabschiedung durch den Kölner Bürgermeister Hans-Werner Bartsch und den belgischen Generalkonsul Armand Marchal spielte zum Abschluss das Jugendorchester der Musikhochschule Köln die europäische Hymne der Partnerstädte „Europa, Europa“, die auf Initiative der Stadt Malle in Zusammenarbeit mit den Städten Heusenstamm, Saint-Savin, Hartley Wintney und Zakrzówek entstanden ist.

Die Reihe der deutsch-belgischen Partnerstädte tage soll in zwei Jahren, also im Jahr 2013, ihre Fortsetzung finden. Auf einen Austausch zu einem aktuellen Thema darf man dann wieder gespannt sein. ■



Der deutsche Botschafter in Belgien, Professor Dr. Reinhard Bettzuege, war von Brüssel zum Partnerstädte tag nach Köln gekommen

Verleihung der Partnerschaftspreise des Europarates:

Europapreis für Hünfeld und Landerneau

Hünfeld in Hessen und Landerneau in der Bretagne erhalten gemeinsam den Europapreis des Europarates für ihre Verdienste um die europäische Einigung. Insgesamt zeichnet der Europarat in Straßburg in diesem Jahr 47 europäische Kommunen mit Preisen für vorbildliche Partnerschaftsarbeit aus. Neben Hünfeld erhalten weitere 15 deutsche Kommunen Ehrenplaketten, Ehrenfahnen und Europadiplome.

Ein Beitrag von
Barbara Baltsch

Der **Europapreis** und damit die höchste Auszeichnung des Europarates für vorbildliche Partnerschaftsarbeit geht in diesem Jahr an die deutsche Stadt Hünfeld und die französische Stadt Landerneau. Diese Entscheidung trafen die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, kommunale und regionale Angelegenheiten der Parlamentarischen Versammlung des Europarates einstimmig auf ihrer Sitzung am 14. April 2010 in Straßburg.

Die beiden Städte, zwischen denen seit mehr als 40 Jahren eine Städtepartnerschaft besteht, haben bereits das Europadiplom, die Ehrenfahne und die Ehrenplakette des Europarates erhalten und Verbindungen zwischen Menschen aller Gesellschaftsebenen aufgebaut. **Hünfeld** unterhält zudem aktive Städtepartnerschaften mit Proskau in Polen, Steinberg im Vogtland und Freundschaftsbände mit Geisa in Thüringen. **Landerneau** ist Partnerstadt von Caernarfon in Wales und durch eine Städtefreundschaft mit Mioveni in Rumänien verbunden.

Die Wahl zeigt, dass selbst kleine Städte und Gemeinden nach dieser Auszeichnung streben können, die 2010 nach Charkiw in der Ukraine und 2009 nach Ankara in der Türkei ging. Es ist zudem erst das zweite Mal, dass zwei Partnerstädte gemeinsam mit dem Europapreis ausgezeichnet wurden. Im Jahr 2000 wurde der Preis Cockermouth in Großbritannien und Marvejols in Frankreich überreicht.

„Der Europapreis ist eine tolle Nachricht und eine große Anerkennung für die vielen Frauen und Männer in unserer Stadt, die seit Jahrzehnten viel ehrenamtliche Arbeit in

diese Partnerschaft und die europäische Aussöhnung investiert haben“, erklärte Hünfelds Bürgermeister Dr. Eberhard Fennel. „Das wir diesen Preis gemeinsam mit unseren Freunden in Landerneau gewonnen haben, ist für uns eine doppelte Freude.“

Neben Hünfeld und Landerneau ehrt der Europarat in diesem Jahr noch weitere Gebietskörperschaften mit Ehrenplaketten, Ehrenflaggen und Europadiplomen. Darunter sind auch wieder zahlreiche deutsche Kommunen. Über die zweithöchste Auszeichnung und die Ehrenplakette können sich Durach in Bayern, Großenkneten in Niedersachsen gemeinsam mit Evergem in Belgien, Kuppenheim in Baden-Württemberg und Rheine in Nordrhein-Westfalen freuen. Die Ehrenflagge erhalten Erlangen, Gerbrunn und Puchheim in Bayern, Flotwedel in Niedersachsen, Kosel in Schleswig-Holstein und Montabaur in Rheinland-Pfalz. Das Europadiplom geht an Bergen auf Rügen in Mecklenburg-Vorpommern, Göttingen in Niedersachsen, Jettingen in Baden-Württemberg, Nauheim in Hessen und Straubing in Bayern.

Der Europapreis wurde 1955 von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates ins Leben gerufen und ist die höchste Auszeichnung, die Kommunen für ihr Engagement für Europa erhalten können. Der Preis beinhaltet eine symbolische Auszeichnung in Form einer Medaille und Urkunde sowie ein Stipendium, das für Jugendliche aus der Gewinnerstadt vorgesehen ist und Studienexkursionen in andere europäische Städte fördert. ■

Infos

Europapreis des Europarates:

☞ <http://assembly.coe.int/Mainf.asp?link=/Com-mittee/ENA/EuropaPrize/prizeindex.htm>

Stadt Hünfeld:

☞ <http://www.huenfeld.de/>

Stadt Landerneau:

☞ <http://www.ville-landerneau.fr/>

Zur Autorin:

Barbara Baltsch ist Redakteurin der Zeitschrift „Europa kommunal“.

Preis für vorbildliche Städtepartnerschaftsprojekte im Saarland:

Stadt Dillingen ausgezeichnet

Die Stadt Dillingen ist mit dem Europapreis für vorbildliche Städtepartnerschaftsprojekte im Saarland ausgezeichnet worden. Auch der Ortsteil Biringen der Gemeinde Rehlingen-Siersburg und der Landkreis Saarlouis erhielten Preise. Der Verein „Sulzbach hilft Benin e.V.“ erhielt einen Sonderpreis für Entwicklungspartnerschaften.

Der Minister für Inneres- und Europaangelegenheiten des Saarlandes, Stephan Toscani, hat am 10. Mai 2011 im Rahmen der Europawoche in der Staatskanzlei des Saarlandes in Saarbrücken den **Europapreis 2011 für vorbildliche Städtepartnerschaftsprojekte im Saarland** verliehen. Unter dem Motto „Kommunale Partnerschaften: Wir leben Europa!“ wurden saarländische Kommunen ausgezeichnet, die beispielhafte Aktivitäten im Bereich kommunaler Partnerschaften pflegen.

Der mit 3.000 Euro sowie einem Veranstaltungsgutschein der Europäischen Akademie Otzenhausen in Höhe von 1.000 Euro dotierte erste Preis ging nach Dillingen, das seit 2002 ein Projekt mit der sizilianischen Gemeinde Sutura durchführt. Anreiz dazu gab der große Anteil in der Stadt lebender Sizilianer, die ihre Kultur und Traditionen mit in die Stadt brachten. Es entwickelte sich ein gegenseitiges Interesse an der jeweils anderen Kultur und den Traditionen. So entstand ein regelmäßiger Austausch auf europäisch-kultureller Ebene. Bei diesem Projekt ist besonders hervorzuheben, dass auch die Bürgerinnen und Bürger aus Broxbournes in Großbritannien und Creutzwalds in Frankreich beteiligt sind.

Gewinner des mit 2.000 Euro dotierten zweiten Preises wurde der Ortsteil Biringen der Gemeinde Rehlingen-Siersburg für das Projekt „Freundschaft Biringen-Waldwisse“. Mit dem dritten Preis in Höhe von 1.000 Euro wurde der Landkreis Saarlouis für das Projekt „Partnerschaft Landkreis Saarlouis Bochnia“ ausgezeichnet. Der Sonderpreis für Entwicklungspartnerschaften in Höhe von 1.000 Euro ging an den Verein „Sulzbach hilft Benin e.V.“ für das Projekt „Städtepartnerschaft Sulzbach-Bassila“.



Der Europapreis für vorbildliche Städtepartnerschaftsprojekte im Saarland wurde bereits zum dritten Mal vergeben. Ins Leben gerufen wurde der alle zwei Jahre ausgelobte Preis erstmals 2007 auf Initiative des damaligen saarländischen Europaministers Karl Rauber. Getragen wird er gemeinsam mit dem Saarländischen Städte- und Gemeindetag, dem Landkreistag Saarland und der Europäischen Akademie Otzenhausen.

Wie Europaminister Stephan Toscani beim Empfang der Preisträger betonte, hätten sich in diesem Jahr 20 Kommunen um den Preis beworben, davon 17 für den Europapreis und drei für den Sonderpreis Entwicklungspartnerschaften. „Im Saarland, dem europäischsten aller Bundesländer, haben grenzüberschreitende kommunale Projekte eine lange Tradition. Kommunale Partnerschaften ermöglichen es, direkt an der Nahtstelle Europas zu wirken. Die Partner erleben den Alltag des Anderen ganz unmittelbar, sie tauschen sich aus, lernen voneinander und bringen gemeinsam Projekte auf den Weg – um gemeinsam davon zu profitieren“, betonte Toscani. ■

Im Rahmen der Europawoche 2011 wurde der Europapreis für beispielhafte Städtepartnerschaften im Saarland verliehen

Infos

Portal zu Partnerschaften im Saarland:

☞ <http://www.saarland.de/staedtepartnerschaften.htm>

Saarländischer Europapreis 2011:

☞ <http://www.saarland.de/78051.htm>

Mitwirkung der Kommunen an der Strategie „Europa 2020“:

Für ein Regieren in Partnerschaft

Ohne die Kommunen und Regionen können die ehrgeizigen Ziele der Strategie „Europa 2020“ nicht erreicht werden. Sowohl bei der Umsetzung der sieben vorgeschlagenen Leitinitiativen als auch zur Gestaltung der nationalen Reformprogramme können die Städte und Gemeinden einen entscheidenden Beitrag leisten, insbesondere durch themen- und projektbezogene Netzwerke. Intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum in Europa ist letztlich nur möglich, wenn die europäische, nationale und regionale Ebene mit der kommunalen Ebene partnerschaftlich zusammenarbeitet.

Ein Beitrag von
Dr. Wolfgang
Schuster

Im Mittelpunkt der **Strategie „Europa 2020“**, welche von der Europäischen Kommission am 3. März 2010 vorgelegt und vom Europäischen Rat am 17. Juni 2010 angenommen wurde, stehen drei sich gegenseitig bedingende Wachstumsprioritäten: Höhere Investitionen in Forschung und Entwicklung sollen zu einem intelligenten, der Ausbau von Energieeffizienz und Umweltschutz zu einem nachhaltigen und die Förderung von Beschäftigung, Bildung und sozialer Sicherheit zu einem integrativen Wachstum führen. Die **Strategie „Europa 2020“** sieht vor, durch die Einführung von insgesamt fünf quantitativen Kernzielen¹ Wachstumsfortschritte messbar zu machen und die Realisierung dieser Zielvorgaben auf nationaler Ebene zu kontrollieren. Um die fünf Kernziele zu erreichen, schlägt die Europäische Kommission sieben Leitinitiativen² vor. Neben einer breiten Palette an Maßnahmen zur Realisierung der Kernziele benennen die sieben Leitinitiativen eine Vielzahl an thematischen Herausforderungen, welchen sich die Europäische Union bis zum Jahr 2020 stellen muss. Diese Herausforderungen³ sind eine Querschnittsaufgabe des europäischen Mehrebenensystems. Sie stellen sich nicht alleine auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene, sondern berühren in gleichem Maße kommunalpolitische Handlungsfelder.



Kommissionspräsident José Manuel Barroso stellte Anfang März 2011 in Brüssel die Strategie „Europa 2020“ der Öffentlichkeit vor

Im Gegensatz zu ihrem Vorgängerprogramm, der Lissabon-Strategie, will die neue Wachstumsstrategie der Europäischen Kommission einiges besser machen. Insbesondere sollen bis zum Jahr 2020 die bereits vom Lissabon-Programm ins Auge gefassten quantitativen Zielvorgaben in den Bereichen Forschung, Entwicklung und Beschäftigung verwirklicht werden. Wichtig ist, dass die Strategie „Europa 2020“ ein politisches Programm darstellt, das auf langfristige und nachhaltige Reformen für den Zeitraum von 2010 bis 2020 ausgelegt ist. Sie ist nicht als kurzfristiges Instrument für das wirtschafts- und finanzpolitische Krisenmanagement zu verstehen. Die Strategie „Europa 2020“ dient als programmatischer Leitfaden, auf

Zum Autor:

Dr. Wolfgang Schuster ist Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart sowie Präsident des Europäischen Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) und Präsident der deutschen RGRE-Sektion.

deren Grundlage die politischen Entscheidungsträger ihr Handeln bis zum Jahr 2020 ausrichten sollen.

Da die wesentlichen Aufgaben, die in der Strategie „Europa 2020“ beschrieben sind, sei es im Bereich Umwelt, Energie, Bildung, Beschäftigung, soziales Miteinander, zugleich wichtige kommunale Politikfelder sind, kann die EU-Strategie nur dann erfolgreich umgesetzt werden, wenn alle politischen Ebenen – und nicht zuletzt die kommunale Ebene – intensiv in die Umsetzung eingebunden sind. Dies ist der Grundgedanke für das Regierungsmodell „Regieren in Partnerschaft“. Dabei stehen die europäischen Institutionen ebenso wie die nationalen und regionalen Regierungen wie die kommunale Ebene in der Verantwortung. Dies entspricht den Grundsätzen, wie sie im Vertrag von Lissabon festgeschrieben sind.

Akteure aller politischen Ebenen beteiligen

Bevor die Strategie „Europa 2020“ einschließlich der fünf Kernziele auf dem Treffen des Europäischen Rates am 17. Juni 2010 von den EU-Staats- und Regierungschefs endgültig angenommen wurde, haben sich das Europäische Parlament (EP), der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (WSA) und der Ausschuss der Regionen (AdR) in mehreren Stellungnahmen umfassend zur neuen Wachstumsstrategie geäußert. Während das EP betonte, dass sozialpolitische Ziele wie die Maßnahmen zur Armutsbekämpfung im Mittelpunkt der Strategie „Europa 2020“ stehen sollten, haben sich der AdR und der WSA für mehr Mitbestimmung der Regionen, Kommunen und der gesellschaftlichen Interessengruppen ausgesprochen. Die Kommunen hatten im Vorfeld der Beschlussfassung des Europäischen Rates die Möglichkeit, ihre Interessen durch die vom AdR durchgeführten Befragungen zur Strategie „Europa 2020“ in den politischen Entscheidungsfindungsprozess einzubringen.

Auf mitgliedstaatlicher Ebene sind die nationalen Reformprogramme (NRP) ein zentrales Instrument zur Umsetzung des Europa 2020-Programms. In ihnen legen die EU-Mitgliedstaaten dar, wie sie die im Europäischen Rat vereinbarten quantitativen Ziele erreichen wollen. Erste Entwürfe der NRP haben der Europäischen Kommission bereits im Dezember 2010 als Grundlage für den im Januar 2011 veröffentlichten **Fortschrittsbericht zur Strategie „Europa 2020“** gedient. Die Endfassungen der Nationalen Reform-



Der Präsident des Europäischen RGRE, Dr. Wolfgang Schuster, und der EU-Kommissar für Regionalpolitik, Johannes Hahn, sprachen bei ihrem Treffen am 29. März 2011 in Brüssel auch über die Strategie „Europa 2020“

programme werden der Europäischen Kommission von den Regierungen der Mitgliedstaaten im Rahmen des 2011 eingeführten Europäischen Semesters im April eines jeden Jahres vorgelegt. Dadurch sollen die nationalen Politiken mit den langfristigen Zielen der EU abgestimmt werden.

Das erste **deutsche Nationale Reformprogramm** zur Strategie „Europa 2020“ wurde vom Bundeskabinett unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie in Zusammenarbeit mit anderen Bundesressorts und den Bundesländern erarbeitet und am 6. April 2011 offiziell vorgestellt. Obwohl die Europäische Kommission im Papier „Europa 2020“ vorgesehen hatte, dass die lokalen Verwaltungen „einen Beitrag zur Erarbeitung der nationalen Reformprogramme und zu deren Umsetzung“⁴ leisten, fanden die Kommunen im ersten deutschen NRP noch keine Berücksichtigung.

Kompetenzstreitigkeiten blockieren Umsetzung

Die Frage nach den Mit- und Einwirkungsmöglichkeiten der Kommunen an der Strategie „Europa 2020“ lässt sich nicht mit vertragsrechtlich fixierten Zuständigkeiten beantworten. Das Erreichen gemeinsamer Ziele erfordert daher ein partnerschaftliches Vorgehen aller beteiligten Akteure. Aus dem Scheitern der Lissabon-Strategie sollten gerade in diesem Zusammenhang Lehren gezogen werden. Vor allem haben Kompetenzstreitigkeiten die Erreichung der angestrebten Lissabon-Ziele, eine Beschäftigungsrate von 70 Prozent und EU-weite Investitionen in Forschung und Entwicklung von drei Prozent, blockiert.

Die Kompetenzfrage hat sich leider auch im Rahmen der neuen Wachstumsstrategie fortgesetzt. So hat sich der Deutsche Bundesrat im Vorfeld der Junitagung des Europäischen

Rates wiederholt gegen quantitative Zielvorgaben in der Beschäftigungs-, Bildungs- und Sozialpolitik ausgesprochen und auf die grundsätzlich geteilten Zuständigkeiten nationaler und europäischer Institutionen in diesen Bereichen hingewiesen⁵. Dabei gilt es zu beachten, dass die EU mit der Einführung quantitativer Ziele nicht beabsichtigt, in Zuständigkeitsbereiche der Nationalstaaten hineinzuregieren. Die EU kann außerhalb des Primärrechts in der Beschäftigungs- und Sozialpolitik grundsätzlich nur unverbindliche Empfehlungen erteilen. Durch ein gemeinsames politisches Programm wie der neuen Wachstumsstrategie soll veranschaulicht werden, in welchen Bereichen Europa handeln und was bis zum Jahr 2020 geleistet werden sollte. Der Streit über Kompetenzabgrenzungen ist sicher nicht hilfreich, die gemeinsamen Ziele der EU 2020-Strategie zu erreichen.

Damit der EU bei der Ausübung ihrer Zuständigkeiten Grenzen gesetzt sind, kann sie nach dem Subsidiaritätsprinzip in den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, nur tätig werden, wenn die angestrebten Maßnahmen und Ziele auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene nicht ausreichend verwirklicht werden können⁶. Durch die Vertragsrevision von Lissabon am 1. Dezember 2009 haben die Kommunen eine neue Rechtsgrundlage im EU-System erhalten. Weil das europäische Primärrecht Priorität vor den Verfassungen der Mitgliedstaaten hat, war die europäische Rechtssetzung bislang nicht an die Beachtung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts gebunden. Das kommunale Selbstverwaltungsrecht ist nach dem Vertrag von Lissabon in Artikel 4 EUV verankert, indem die kommunale Ebene dort explizit als Verwaltungsebene genannt wird. Als Konsequenz können die Städte und Gemeinden dieses Recht auch vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) einklagen, wenn die EU in das kommunale Selbstverwaltungsrecht eingreift und ihre Kompetenzen überschreitet.

Die Aufnahme des kommunalen Selbstverwaltungsrechts in das EU-Primärrecht ist ohne Zweifel ein Meilenstein für die europäischen Kommunen. Es begründet jedoch keinen Anspruch der Kommunen auf Beteiligung an der Strategie „Europa 2020“. Wollen die Städte und Gemeinden im Umsetzungsprozess der Strategie „Europa 2020“ berücksichtigt werden, müssen sie selbst aktiv werden. Die Erfahrungen aus der Lissabon-Strategie zeigen, dass bloßes Abwarten und kritisieren von EU-Entscheidungen in einer Sackgasse münden. Weder die nationalen Regierungen

noch die Europäische Kommission werden die kommunale Beteiligung an der Europapolitik von sich aus stärken. Um in die Umsetzung der Strategie „Europa 2020“ eingebunden zu werden, müssen die Kommunen selbst aktiv werden. Das von mir vorgeschlagene Partnerschaftsmodell eröffnet vielfältige Möglichkeiten der Zusammenarbeit in Netzwerkstrukturen.

Mit- und Einwirkungsmöglichkeiten für die Kommunen

Die europäischen Kommunen können auf den politischen Entscheidungsbildungsprozess im Rahmen der Strategie „Europa 2020“ einwirken und sich darüber hinaus aktiv an der Verwirklichung der fünf Kernziele beteiligen. Die Interessenvertretung der Regionen und Gemeinden Europas vor der Europäischen Union wurde bereits mit der Einrichtung des Ausschusses der Regionen durch den Vertrag von Maastricht im Jahr 1992 institutionalisiert. Zur Strategie „Europa 2020“ hat der AdR eine **„Monitoringplattform“** eingerichtet, welche den Kommunen mehrere Mitwirkungsmöglichkeiten am politischen Konsultationsverfahren der Strategie „Europa 2020“ zur Verfügung stellt. Im Rahmen der Plattform können die regionalen und lokalen Gebietskörper-

Infos

Mitteilung der Europäischen Kommission „Europa 2020 – Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ vom 3. März 2010:

☞ <http://ec.europa.eu/eu2020/pdf/COMPLET%20%20DE%20SG-2010-80021-06-00-DE-TRA-00.pdf>

Internetseite der Europäischen Kommission zur Strategie „Europa 2020“:

☞ http://ec.europa.eu/europe2020/index_de.htm

Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission zur Strategie „Europa 2020“ vom 12. Januar 2011:

☞ http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/de_final.pdf

Nationales Reformprogramm Deutschland vom 6. April 2011:

☞ http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/nrp/nrp_germany_de.pdf

Monitoringplattform zur EU-Strategie „Europa 2020“ des Ausschusses der Regionen:

☞ <http://portal.cor.europa.eu/europe2020/Pages/welcome.aspx>

European network of cities for local integration policies for migrants (CLIP):

☞ <http://www.eurofound.europa.eu/areas/populationandsociety/clip.htm>

Konvent der Bürgermeister (Covenant of Mayors):

☞ <http://www.eumayors.eu/>

Cities for Mobility:

☞ <http://www.cities-for-mobility.net/>

schaften der EU ihre Interessen und Prioritäten durch vom AdR durchgeführte Umfragen in den Europa 2020-Prozess einbringen. Der AdR präsentiert die Umfrageergebnisse etwa in Form eines jährlichen „Europa 2020-Überwachungsberichts“ regelmäßig dem Europäischen Rat und der Europäischen Kommission. Die Beteiligung an den Umfragen erfolgt über den Internetauftritt des AdR. Mitglieder der „Europa 2020-Monitoringplattform“ haben darüber hinaus die Möglichkeit, durch den Besuch von Seminaren Erfahrungen über die Beteiligung an der Strategie „Europa 2020“ auszutauschen und ihre eigenen Ideen und Initiativen zum Europa 2020-Programm vorzustellen.

Eine weitere Einwirkungsmöglichkeit auf den politischen Entscheidungsbildungsprozess der Strategie „Europa 2020“ bietet der Europäische Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE). Als Dachverband der europäischen Kommunen und Regionen unterhält der RGRE regelmäßige Kontakte zu den europäischen Institutionen. Im Hinblick auf die Strategie „Europa 2020“ geschieht dies beispielsweise durch den jährlich stattfindenden „Strukturierten Dialog“, an dem neben dem Präsidenten der Europäischen Kommission und der Präsidentin des Ausschusses der Regionen Vertreter des RGRE und sieben weiterer europäischer Verbände teilnehmen. Der Strukturierte Dialog wurde auf Grundlage des Weißbuches „Europäisches Regieren“ im Mai 2001 ins Leben gerufen. Im Rahmen dieses Forums können sich die europäischen Kommunal- und Regionalverbände mit dem AdR und der Europäischen Kommission über allgemeine und konkrete Fragen zur Europa-politik beraten.

Auf meinen Vorschlag hin wurde auf dem Treffen des Strukturierten Dialogs in Brüssel am 29. Juni 2010, an dem ich in meiner damaligen Funktion als Vize-Präsident des RGRE teilnahm, vereinbart, dass wir den im Strategiepapier „Europa 2020“ genannten Herausforderungen durch Bildung von horizontalen und vertikalen Netzwerken gemeinsam begegnen werden. Weil die erfolgreiche Umsetzung der Strategie „Europa 2020“ eine Querschnittsaufgabe des europäischen Mehrebenensystems ist, sollten an den Netzwerken möglichst Partner aus allen politischen Ebenen, dem Privatsektor und der Zivilgesellschaft vertreten sein.

Beim Besuch von Kommissionspräsident José Manuel Barroso in Stuttgart am 19. Januar 2011 habe ich diesen Vorschlag konkretisiert und dem Kommissionspräsidenten in mein Konzept „Regieren in

Partnerschaft“ eingeführt⁷. Im Rahmen der sieben Leitinitiativen schlage ich die Bildung mehrerer themenbezogener Netzwerke vor. Jedes Netzwerk soll sich einer bestimmten Europa 2020-Herausforderung annehmen und Partner aus möglichst allen politischen Ebenen, des Privatsektors sowie der Zivilgesellschaft einspannen.

Das von der Landeshauptstadt Stuttgart geplante „Europäische Bündnis“ für Integration ist ein konkretes Beispiel für eines dieser Netzwerke⁸. Auf lokaler Ebene umfasst es die bereits am Stuttgarter CLIP-Netzwerk (☑ „**European Network of Cities for Local Integration Policies for Migrants**“) teilnehmenden 35 europäischen Städte. Auf regionaler Ebene kommen die Mitglieder der



Kommissionspräsident José Manuel Barroso trug sich bei seinem Besuch im Januar 2011 in Stuttgart in das Goldene Buch der Landeshauptstadt ein

Versammlung der Regionen Europas, in denen die CLIP-Mitgliedsstädte liegen, hinzu. Auf unserem gemeinsamen Treffen im Mai 2011 habe ich mit Staatsministerin Dr. Maria Böhmer als der Bundesbeauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration besprochen, dass sie auf nationaler Ebene an unserem „Europäischen Bündnis“ für Integration mitwirkt.

Regieren in Partnerschaft trägt zu EU-Zielen bei

Während bei Verbänden wie dem RGRE die Interessenvertretung der Mitglieder im Mittelpunkt steht, geht es bei Netzwerken um die thematische und zielführende Bearbeitung politischer Herausforderungen, wie sie in der Strategie „Europa 2020“ beschrieben werden. Netzwerke sind in aller Regel themen- und projektbezogen aufgestellt. Die jeweiligen Netzwerkpartner – das können beispielsweise Städte, staatliche Akteure, Universitäten sowie private Institutionen sein – arbeiten auf Grundlage gemeinsamer Zielvorstellungen an bestimmten Aufgabefeldern. Damit leisten sie einen konkreten Beitrag zur Lösung einer sozialen, wirtschaftlichen oder umweltpolitischen Herausfor-

derung. Die Ergebnisse sind Empfehlungen etwa für gesetzliche Regelungen, vertragliche Vereinbarungen oder Selbstverpflichtungen einzelner Partner. Letzteres bedeutet, dass Partner, die im Rahmen des Netzwerks gemeinsam vereinbarte Ziele auf einer freiwilligen Basis erfüllen.

Ein Beispiel für ein solches Netzwerk ist der  „**Konvent der Bürgermeister**“, ein Städtenetzwerk, das sich dem Klimaschutz verpflichtet hat. Die mittlerweile 2.568 Netzwerkpartner beabsichtigen, das in der Strategie „Europa 2020“ beschriebene Klimaschutzziel zu erfüllen, die Kohlendioxid-Emissionen in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen um mindestens 20 Prozent zu senken. Weitere Netzwerke, die einen aktiven Beitrag zur Realisierung der fünf Europa 2020-Kernziele leisten, sind beispielsweise das bereits erwähnte CLIP-Netzwerk sowie  „**Cities for Mobility**“.

CLIP unterstützt die soziale und wirtschaftliche Integration von Migranten in europäischen Städten und trägt damit zur Armutsreduzierung und zur Erhöhung der Beschäftigung im EU-Raum bei. Am CLIP-Netzwerk sind 30 mittlere und große Städte aus verschiedenen Regionen Europas beteiligt, die von erfahrenen europäischen Forschungszentren sowie dem AdR und dem RGRE unterstützt werden. Das CLIP-Netzwerk ermöglicht den Teilnehmern einen wechselseitigen Lernprozess.

In dem globalen Netzwerk „Cities for Mobility“ geht es um die Suche nach gemeinsamen Lösungen für nachhaltige Mobilität in Großstädten. Das Netzwerk wird von der Landeshauptstadt Stuttgart koordiniert und fördert die transnationale Zusammenarbeit zwischen lokalen Verwaltungen, Transportunternehmen, der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft mit dem Ziel, die Entwicklung effizienter Transportsysteme in den Mitgliedstädten voranzutreiben. Netzwerkpartner sind neben Städten aus aller Welt auch Firmen wie Siemens, Porsche und die Deutsche Bahn sowie internationale Partner wie die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit. Um dem europäischen Mehrebenensystem Rechnung zu tragen, sollen auch zu diesem Netzwerk Akteure aus der regionalen, nationalen und europäischen Ebene hinzukommen.

Zur Erreichung der Europa 2020-Ziele können europäische Kommunen und Regionen Netzwerke bilden oder sich an bereits bestehenden Netzwerken beteiligen. Jedes Netzwerk sollte sich um eine der Herausforderungen³, wie sie in der Strategie „Europa 2020“ beschrieben werden, kümmern. Die



Im Rahmen des CLIP-Netzwerkes finden regelmäßig Arbeitstreffen in den Mitgliedskommunen statt

nationalen Sektionen des RGRE informieren über die Teilnahmemöglichkeiten an bereits bestehenden Netzwerken. In Deutschland können sich Kommunen an den stellvertretenden Generalsekretär der Deutschen Sektion des RGRE, Walter Leitermann, wenden.

Die Strategie „Europa 2020“ existiert bislang nur auf dem Papier. Die Umsetzung dieser Strategie ist nur erfolgreich möglich, wenn die fünf Kernziele von allen politischen Entscheidungsträgern als Querschnittsaufgabe wahrgenommen werden. Die Gewinne aus dieser Kooperation kommen den Menschen in Europa jedoch tatsächlich zugute. Alle politischen Veränderungen werden letztendlich von den Bürgerinnen und Bürgern selbst getragen. Auch aus diesem Grund stehen die Kommunen in der Verantwortung, sich für die Bürgerinnen und Bürger aktiv in den Europa 2020-Prozess einzubringen. Regieren in Partnerschaft eröffnet neue Möglichkeiten für ein starkes zukunftsfähiges Europa der Bürger. ■

¹ (1) Erhöhung der Beschäftigungsquote der 20- bis 64-Jährigen auf mindestens 75 Prozent; (2) Investitionen in Höhe von drei Prozent des BIP in Forschung und Entwicklung (F&E); (3) Erreichen der EU 2020-Klimaziele; (4) Verringerung der Schulabbrecherquote auf zehn Prozent und Erhöhung des Anteils der 30 bis 34-Jährigen mit Hochschulabschluss auf 40 Prozent; (5) Senkung der Anzahl arbeitsgefährdeter Personen um 20 Millionen

² Die sieben Leitinitiativen sind: Innovationsunion; Jugend in Bewegung; Digitale Agenda für Europa; Ressourcenschonendes Europa; Industriepolitik im Zeitalter der Globalisierung; Agenda für neue Kompetenzen und Beschäftigungsmöglichkeiten; Europäische Plattform zur Bekämpfung der Armut

³ Herausforderungen sind die Wettbewerbsfähigkeit von Kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), neue Technologien, mehr Beschäftigung, eine höhere Anzahl an Hochschulabsolventen, die Integration von Migranten, demografischer Wandel, Energieeffizienz, Klimaschutz, etc.

⁴ Europäische Kommission 2010: Europa 2020. Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum, KOM (2010) 2020: Seite 34

⁵ Deutscher Bundesrat 2010: Drucksache 113/10 (Beschlüsse vom 16.03.10 – 07.05.10 – 04.06.10); Drucksache 113/4/10 (Empfehlungen der Ausschüsse vom 25.05.10)

⁶ Das Subsidiaritätsprinzip ist seit dem Vertrag von Maastricht von 1992 offiziell im Recht der EU verankert und findet sich seit dem Vertrag von Lissabon in Art. 5 (3) des Vertrags über die Europäische Union

⁷ Der vollständige Titel des RGRE-Papiers lautet: „Regieren in Partnerschaft. Regierungsmodell der Europäischen Union zur Umsetzung der Europa 2020 Strategie durch die sieben Leitinitiativen“

⁸ Das Europäische Bündnis für Integration wurde von der Abteilung Integration der Landeshauptstadt Stuttgart erarbeitet.

Plenartagung des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas:

Deutschland bald unter der Lupe

Auf der 20. Plenartagung des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas beim Europarat debattierten über 300 kommunal und regional gewählte Vertreter die Demokratiebestrebungen in der arabischen Welt und die Auswirkungen von Großkatastrophen wie zuletzt in Japan auf die Kommunen. Der Zustand der Demokratie in Österreich, der Türkei und Rumänien wurde ebenso wie die letzten Kommunalwahlen in der Ukraine einer Bewertung unterzogen.

Ein Beitrag von
Agneta Krüger

Dass der **Europarat** mit seinen Organen nicht die schwerfällige Institution ist, wie mancherorts bisweilen angenommen wird, bewies die 20. Plenartagung des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas beim Europarat (KGRE), die vom 22. bis zum 24. März 2011 in Straßburg stattfand. Von kommunaler Seite nahmen Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld aus Mühlheim an der Ruhr, Oberbürgermeister Helmut Himmelsbach aus Heilbronn, Stadträtin Gabriele Neff aus München, Oberbürgermeisterin Birgit Collin-Langen aus Bingen, Bürgermeister Fritz Wagner aus Kirn, Bürgermeister Josef Mend aus Iphofen, Landrat Bertram Fleck aus dem Rhein-Hunsrück-Kreis, Landrat Dr. Volfram Gebel aus dem Landkreis Plön und Landrat Ulrich Gerstner aus dem Salzlandkreis teil. Die deutsche Delegation war überdies mit acht weiteren Delegierten, die von den Ländern entsandt wurden, vertreten. Insgesamt stellt Deutschland 18 Mitglieder, davon neun Vertreter der kommunalen sowie neun Vertreter der regionalen Ebene. Deutschland ist damit neben Russland, Frankreich und Großbritannien eine der größten Delegationen der 47 im Kongress vertretenen Nationen.

Die Tagesordnung sah mit einer Dringlichkeitsdebatte über die Situation in den nordafrikanisch-arabischen Ländern sowie einem Erfahrungsaustausch bezüglich des Umgangs der kommunalen Ebene mit großen Naturkatastrophen aktuelle Themen des Weltgeschehens vor. Neben Berichten



Der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas beim Europarat tagte vom 22. bis zum 24. März 2011 in Straßburg

über den Zustand der regionalen und lokalen Demokratie in Rumänien, Österreich und der Türkei standen ein Report über die Kommunalwahlen in der Ukraine, eine Grundsatzdiskussion über die Reform des Europarates und eine Aussprache mit EU-Regionalkommissar Dr. Johannes Hahn auf der Tagesordnung.

Europa und die arabische Welt

Die auch als „arabischer Frühling“ bezeichneten Veränderungen in den nordafrikanischen Ländern nahmen die kommunalen und regionalen Delegierten zum Anlass, diese in einer aktuellen Dringlichkeitsdebatte zu thematisieren. Insbesondere erfolgte diese unter dem Blickwinkel der Nachbarschaftspolitik des Europarates. Denn die Schaffung grenzüberschreitender Netzwerke

Zur Autorin:

Agneta Krüger ist Referatsleiterin, Büro des Hauptgeschäftsführers, des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB).

in Europa und darüber hinaus, der Schutz der Menschenrechte auf kommunaler und regionaler Ebene und die Stärkung von Demokratien zählen zu den Kernaufgaben des Kongresses.

Die lokale Kammer des **Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas** sprach sich für eine Unterstützung der Demokratiebestrebungen der arabischen Bevölkerung und gegen eine Bevormundung der Menschen aus und erinnerte an die bereits bestehenden Kooperationen des Kongresses mit Ländern in der Region und Aktivitäten im Euro-Arabischen Städteforum. Die Delegierten plädierten dafür, den Mehrwert der Charta der lokalen Selbstverwaltung deutlich zu machen. „Starke kommunale und regionale Strukturen in der arabischen Welt erhöhen die Sicherheit in Europa“, betonte Keith Whitmore, Präsident des KGRE anlässlich der Debatte über die derzeitigen Umwälzungen in den südlichen Mittelmeerländern. „Die Ereignisse in der arabischen Welt haben gezeigt, dass es mehr Gründe gibt, optimistisch zu sein, als Angst vor der Zukunft zu haben. Wir verurteilen die Gräueltaten, die gegen die Zivilbevölkerung in ihrem Kampf für mehr Demokratie begangen werden. Ein Kampf, der in Libyen heute noch andauert“, so Whitmore.

Unstimmigkeiten bei der Kommunalwahl in der Ukraine

Eine der zentralen Tätigkeitsfelder des KGRE sind seine Wahlbeobachtungsmissionen. Die Delegation, die am 31. Oktober 2010 die Kommunalwahlen unter dem Vorsitz der österreichischen Delegierten Gudrun Mosler-Törnström in der Ukraine beobachtet hatte, fand in ihrem Bericht deutliche Worte: „Die Delegation konnte keine Belege für einen systematischen Wahlbetrug finden, aber es gab Beweise für Unstimmigkeiten.“ Bemängelt wurde neben der kurzfristigen Schließung von Wahllokalen die Länge der Stimmzettel, auf denen Oppositionskandidaten erst am Ende der Liste erschienen, sowie die häufig sehr kleinen Wahllokale, die eine geheime Stimmabgabe an einem ungestörten Ort erschwerten. Die Wahlbeobachter berichteten, dass die Größe der Wahllokale aufgrund der Menge der wahlberechtigten Bevölkerung teilweise dazu geführt habe, dass sich die Bürger irgendwo im Raum einen Platz suchten, um ihre Stimme am Wahltag abgeben zu können.

„Bei mehr als 200 Parteien ist es nicht möglich, kurze Stimmzettel herauszugeben“, entgegnete der ukrainische Delegierte Ivan Kulichenko zu den kritisierten Stimmzetteln.

Zur Sache

Der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas

Als Vertretung der Gemeinden und Regionen im Europarat verfolgt der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) dieselben vornehmlichen Ziele wie der Europarat: den Schutz der Menschenrechte, das Eintreten für Rechtsstaatlichkeit und die Entwicklung der Demokratie. Insbesondere beobachtet, kontrolliert und bewertet der KGRE die Einhaltung und Beachtung der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung in den 47 Mitgliedstaaten des Europarates. Zudem entsendet der KGRE Delegationen zur Wahlbeobachtung in die Mitgliedstaaten.

Die in den Kongress entsandten Delegierten werden entweder von den Ländern nominiert oder auf Vorschlag der kommunalen Spitzenverbände ausgewählt. Die sachpolitische Arbeit erfolgt in drei Fachausschüssen. Die zweimal jährlich stattfindende Plenarversammlung fungiert als beschlussfassendes

Organ. Das Kongresspräsidium sowie das „Statutory Forum“ führen die laufenden Geschäfte.

Der 1949 gegründete Europarat basiert auf drei Säulen: der Parlamentarischen Versammlung, dem Ministerkomitee und dem KGRE. Der Europarat und seine Institutionen werden häufig mit der Europäischen Union und deren Institutionen, insbesondere dort mit dem Rat der Europäischen Union, verwechselt. Bei dem Europarat handelt es sich jedoch um eine überstaatliche Einrichtung, welche im Gegensatz zu der rechtlich politisch und insbesondere stark wirtschaftlich geprägten EU von einem größeren, geografischem Verständnis Europas ausgeht und daher wesentlich mehr Mitgliedstaaten umfasst. Die Ziele des Europarates entsprechen insbesondere den Prämissen, für deren Einhaltung sich der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte einsetzt.

Die ukrainische Delegation bewertete den Bericht dennoch grundsätzlich positiv und warb für Verständnis. Nataliya Romanova betonte, dass derzeit einige Reformen im Prozess seien und sprach sich für eine gute Zusammenarbeit mit der Venedig-Kommission des Europarates aus, um das Wahlsystem zu verbessern. Berichterstatte Nigel Mermagen aus dem Vereinigten Königreich würdigte die Bemühungen in der Ukraine und konstatierte: „Der Weg zur Demokratie ist nicht immer einfach, aber es gibt keine Alternativen hierzu.“

Schutz der Gemeinden vor Naturkatastrophen

Kommunen haben eine Schlüsselrolle inne, wenn es darum geht, Antworten auf Naturkatastrophen wie die gegenwärtige in Japan zu finden, insbesondere, wenn es um die Etablierung einer angemessenen Vorbereitungskultur geht. „Die fatale Abfolge von Katastrophen – erst das Erdbeben, dann der Tsunami und schließlich die Auswirkungen auf die betroffenen Kernkraftwerke mit den dramatischen Folgen für die Bevölkerung – zeigt uns, wie zerbrechlich unsere Gesellschaften sind“, sagte der Präsident der Kammer der Gemeinden, Jean-Claude Frécon, anlässlich der Debatte zum Schutz der Gemeinden vor Naturkatastrophen und ergänzte: „Wir haben leistungsstarke Technologien, auf die wir stolz sind, aber wir müssen uns auch den Sinn für Balance bewahren und uns unsere Grenzen verdeutlichen. Eine Abfolge von Naturereignissen kann stärker sein als die leistungsstärksten und modernsten Technologien – das ist die erste Lektion, die wir aus diesem Drama ziehen sollten.“

Im Falle einer Katastrophe sollten die Kommunen in der Lage sein, sofort mit Notfallhilfe reagieren zu können. Darüber waren sich die Delegierten einig. „Die Bürger haben einen Anspruch auf Informationen. Dies ist allerdings eine Aufgabe der Zentralregierungen, die sich häufig mit gleichzeitigen Ansprüchen von verschiedenen Seiten konfrontiert sehen, und dieser Aufgabe nicht immer gerecht werden können“, so Frécon. Die Delegierten in der Kammer der Gemeinden nutzten diesen Tagesordnungspunkt auch als Möglichkeit eines Erfahrungsaustausches. Dabei fanden die Berichte der Kollegen aus der Ukraine und Schweden über die Atomkatastrophe von Tschernobyl 1986 aus der Sicht der dortigen Gemeinden besonderes Interesse.



Bürgerhaushalte in 47 Ländern

Nachdem sich die drei Fachausschüsse – Verwaltungsausschuss, Monitoring-Ausschuss und Ausschuss für aktuelle Angelegenheiten – auf der Herbstsitzung im Zuge der Reform des Kongresses neu konstituiert hatten, nahmen sie nunmehr die Arbeit auf. Unter anderem beschloss der Ausschuss für aktuelle Angelegenheiten, sich mit der Energieversorgung und Energieeffizienz auf kommunaler und regionaler Ebene zu befassen und benannte die russische Delegierte Svetlana Orlova als Berichterstatte. Auf der Basis des Berichtes soll auf der nächsten Herbsttagung des KGRE dem Plenum eine entsprechende Resolution vorgelegt werden. Die Situation der Roma in Europa, die demokratischen Entwicklungen im südlichen Mittelmeerraum und die Bürgergesellschaft sind Bereiche, mit denen sich der Ausschuss in der aktuellen Mandatsperiode weiter befassen wird. Für die Herbstsitzung im Oktober 2011 ist unter anderem daher ein Bericht vorgesehen, der sich mit der Praxis von Bürgerhaushalten in den 47 Mitgliedstaaten des Europarates befasst.

Bereits auf der Plenartagung im März 2011 griff der Verwaltungsausschuss das Thema „Bürgergesellschaft“ auf. Die Ausschussmitglieder tauschten ihre unterschiedlichen Ansichten und Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung vor Ort aus. Künftig soll die Charta der lokalen Selbstverwaltung zentrales Thema des Verwaltungsausschusses sein. Er hat sich zur Aufgabe gemacht, die Vorbehalte der Mitgliedstaaten, welche die Charta bislang noch nicht umfänglich unterzeichnet haben, zu analysieren und den Stand der praktischen Anwendung in den Mitgliedstaaten zu untersuchen.

Lokale und regionale Vertreterinnen und Vertreter aus den 47 Mitgliedstaaten des Europarates sind im Kongress der Gemeinden und Regionen Europas versammelt

Verwaltungsreformen in Europa

Neben der Vor- und Nachbereitung seines klassischen Aufgabenbereiches, der Untersuchung des Zustandes der regionalen und kommunalen Demokratie in den jeweiligen Ländern („Monitoring“), nutzten die Mitglieder des Monitoring-Ausschusses ihre Sitzung für einen Erfahrungsaustausch über die Umsetzung der aktuellen Verwaltungsreformen in Frankreich, Schweden, der Ukraine, Portugal, Lettland und Italien. So gab es in Schweden einen Dezentralisierungsprozess etwa im Gesundheitssektor. In Portugal bereitet die Finanz- und Wirtschaftskrise gerade der lokalen und regionalen Ebene besondere Schwierigkeiten. Das Fehlen einer angemessenen Mittelweitergabe seitens der Regierung würde schnell auf die Finanzkrise geschoben werden, wusste Guilherme Pinto zu berichten.

Neff Vizepräsidentin der Liberalen Fraktion

Die Kongressdelegierten spiegeln als gewählte Mandatsträger nach dem Benennungsverfahren auch die in den 47 Mitgliedstaaten vorherrschenden politischen Strömungen wider und finden sich derzeit in drei politischen Gruppen zusammen: der Sozialistischen Gruppe, den Christdemokraten sowie den Liberalen/Freie Wähler. Die deutsche Stadträtin Gabriele Neff aus München ist auf der 20. Plenartagung von der Liberalen Fraktion zur Vizepräsidentin der politischen Gruppe Liberale/Freie Wähler gewählt worden. Nachdem bereits im Oktober 2010 Oberbürgermeisterin Birgit Collin-Langen in das Präsidium des KGRE gewählt wurde, bekleidet mit Stadträtin Neff neben dem Präsidenten der Sozialistischen Gruppe, dem Abgeordneten des Berliner Abgeordnetenhauses Günter Krug, ein weiteres Mitglied der deutschen Delegation ein tragendes Amt im KGRE.

Demokratien auf den Prüfstand

Der Kongress untersucht und überwacht nicht nur den Zustand der jungen Demokratien, sondern den aller seiner Mitgliedstaaten, sodass neben dem Zustand der regionalen und lokalen Demokratie in Rumänien und der Türkei auch Österreich untersucht wurde. So verschieden wie die Länder selbst waren auch die Ergebnisse und die anschließende Diskussion im Plenum hierzu.

Der Bericht über den Zustand der kommunalen und regionalen Demokratie in Öster-

reich fand viele positive Würdigungen. So wurde insbesondere die spezielle kooperative Natur des österreichischen föderalen Systems hervorgehoben. Bemängelt wurden allerdings die geringen Eigenmittel der Länder und Gemeinden, die zu einer Beschränkung ihrer finanziellen Autonomie führen, aber auch die soziale Situation der Bürgermeister, die Neuregelung der Zusammensetzung der österreichischen Delegation im Ausschuss der Regionen und der geringe Anteil an Bürgermeisterinnen.

Mit dem durch das Plenum angenommenen Bericht spricht der Kongress nunmehr gegenüber der österreichischen Bundesregierung die Empfehlung aus, sowohl eine gesetzliche Verbesserung der Pensions- und Arbeitslosenregelungen für Bürgermeister vorzuschlagen, als auch eine Mindestvertretung der österreichischen Städte und Gemeinden im Ausschuss der Regionen durch ein Vorschlagsrecht der

Mandatsperiode 2010 – 2012

Deutsche kommunale Delegierte und Stellvertreter im KGRE

Ordentliche Mitglieder	Stellvertreter
Deutscher Städtetag	
Dagmar Mühlenfeld Oberbürgermeisterin Stadt Mülheim an der Ruhr	Dagmar Szabados Oberbürgermeisterin Stadt Halle
Dr. Wolfgang Schuster Oberbürgermeister Landeshauptstadt Stuttgart	Walter Zöllner Stadtrat Landeshauptstadt München
Helmut Himmelsbach Oberbürgermeister Stadt Heilbronn	Gabriele Neff Stadträtin Landeshauptstadt München
Deutscher Städte- und Gemeindebund	
Birgit Collin-Langen Oberbürgermeisterin Stadt Bingen am Rhein	Horst Brandt Bürgermeister Stadt Langwieschen
Josef Mend Erster Bürgermeister Stadt Iphofen	Christian Schramm Oberbürgermeister Stadt Bautzen
Fritz Wagner Bürgermeister Stadt Kirn	Dr. Angelika Kordfelder Bürgermeisterin Stadt Rheine
Deutscher Landkreistag	
Dr. Volkram Gebel Landrat Landkreis Plön	Dr. Theodor Elster Landrat Landkreis Uelzen
Bertram Fleck Landrat Rhein-Hunsrück-Kreis	Monika Bachmann Landrätin Landkreis Saarlouis
Sabine Röhl Landrätin Landkreis Bad Dürkheim	Ulrich Gerstner Landrat Landkreis Salzlandkreis

Verbände zu garantieren. Weitere Empfehlungen betreffen die Beteiligung der kommunalen Ebene an den Finanzausgleichsverhandlungen, die bundesländerübergreifende interkommunale Zusammenarbeit und die Ausweitung der Befugnisse des Bundesrechnungshofes. Die österreichische Delegation hat den Bericht begrüßt. Schließlich stellen diese Empfehlungen ein weiteres Argument in der Reformdebatte vor Ort dar.

Nachholbedarf in der Türkei

Ein etwas anderes Bild zeichnete indes der Bericht über die kommunale und regionale Demokratie in der Türkei. Die bereits seit 2005 vom Kongress geforderten Reformen kommen nur sehr langsam voran. So wird im Bericht insbesondere kritisiert, dass noch keine Reformen des Kommunalrechts eingeleitet wurden, welche den Bürgermeistern und Stadträten gestatten, „politische“ Entscheidungen zu treffen, ohne die Einleitung eines Verfahrens gegen sie fürchten zu müssen. Auch sollte nach der Empfehlung den Stadträten gestattet werden, andere Sprachen als Türkisch bei der Bereitstellung öffentlicher Dienste verwenden zu können, wenn dies angeraten ist.

In der lebhaften Debatte wurde seitens der türkischen Delegation angeführt, dass auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte deutlich gemacht habe, dass es im Bereich der öffentlichen Verwaltung nicht immer ein Recht auf Nutzung der Sprache einer Minderheit gäbe. Der Bericht basiere zudem auf inkorrekten Informationen und Erkenntnissen. Der Kampf der türkischen Polizei gegen die PKK als terroristische Organisation müsse berücksichtigt werden. Dem wurde entgegengehalten, dass nicht die Aussage getroffen werden könne, dass die PKK schuld daran sei, dass die lokale Demokratie in der Türkei nicht vorankomme.

Berichterstatter Dr. Herwig van Staa aus Österreich appellierte indes an die Türkei, die Charta für Regional- und Minderheitensprachen zu unterzeichnen: „Auch in Österreich hatten wir Probleme mit den Sprachen von Minderheiten, aber seit der Unterzeichnung der Charta hat sich bei uns die Situation verbessert.“ Die zahlreichen von der türkischen Delegation im Plenum eingereichten Änderungsanträge zu diesem Bericht wurden von den anwesenden Delegierten intensiv diskutiert, im Ergebnis jedoch abgelehnt.

Betroffenheit war im großen Saal des Gebäudes des Europarates zu spüren, als die Situation der 15 Bürgermeisterinnen und Bür-

germeister sowie der mehr als 1.000 Mandatsträger, die derzeit ohne Verfahren in der Türkei inhaftiert sind und auf eine Anklage warten, thematisiert wurde. Unter diesen Mandatsträgern, die meist nicht der regierenden Partei angehören, befindet sich auch die KGRE-Delegierte und Bürgermeisterin Leyla Güven, die seit Ende 2009 inhaftiert ist. Der Kongress entschied, symbolisch für alle betroffenen inhaftierten Mandatsträger eine Delegation in die Türkei zu entsenden, um die Inhaftierte zu besuchen und sich vor Ort ein genaueres Bild von der Lage zu verschaffen.

Kommunale und regionale Demokratie in Deutschland

Wie steht es um die kommunale und regionale Demokratie in Deutschland? Mit dieser Frage wird sich die KGRE-Delegation befassen, die verschiedene Stellen und Kommunen in Deutschland besuchen wird, um im Anschluss einen Monitoring-Bericht anzufertigen. Berichterstatter werden die schwedische kommunale Delegierte Britt-Marie Lövgren und der portugiesische regionale Delegierte Ignacio Sanchez-Amor sein. Unterstützt werden sie von Professor Zoltan Szente.

Monitoring ist das klassische Verfahren zur Überwachung und damit auch der Durchsetzung völkerrechtlich getroffener Vereinbarungen, wie der Europäischen Charta der lokalen Selbstverwaltung. Die Delegation wird den Zustand der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland am Maßstab dieser Charta untersuchen und ihren Bericht verfassen. Sollte sie zu dem Ergebnis gelangen, dass bestimmte Standards der Charta für die Kommunen in Deutschland nicht gewährleistet sind, kann der Bericht Empfehlungen an die deutsche Regierung enthalten. Künftig müssen die betroffenen Länder dem Kongress schriftlich über die getroffenen Maßnahmen zur Umsetzung der Empfehlungen berichten. Mit Spannung ist daher zu erwarten, wie insbesondere die Finanzsituation der Kommunen in Deutschland von außen und vor dem Hintergrund der Europäischen Charta der lokalen Selbstverwaltung gesehen wird. ■

Infos

Europarat:

☞ <http://www.coe.int/defaultde.asp>

Kongress der Gemeinden und Regionen beim Europarat:

☞ http://www.coe.int/t/d/congress/default_de.asp

Verleihung des Kaiser-Maximilian-Preises 2011 an Danuta Hübner:

Engagierte Europäerin im Dienste der Regionen

Die polnische Europaabgeordnete und frühere EU-Kommissarin für Regionalpolitik, Danuta Hübner, ist mit dem vom Land Tirol und der Stadt Innsbruck verliehenen Kaiser-Maximilian-Preis ausgezeichnet worden. Der Preis ist mit 10.000 Euro dotiert und wird für außerordentliche Leistungen im Bereich der europäischen Regional- und Kommunalpolitik vergeben.

Ein Beitrag von
Dr. Heinrich
Hoffschulte

Das österreichische Bundesland Tirol und seine Hauptstadt Innsbruck verleihen seit 1998 für besondere Verdienste um die europäische Kommunal- und Regionalpolitik alljährlich den  **Kaiser-Maximilian-Preis**. Er wurde 1997 in Würdigung der europapolitischen Verdienste des langjährigen Bürgermeisters der Stadt Innsbruck und Präsidenten des Tiroler Landtages, Dr. Alois Lugger, ausgeschrieben. Mit der Erinnerung an Kaiser Maximilian wird angeknüpft an die Grundsätze des Kaisers zur Rolle der Regionen und Fürstentümer im Reich sowie zur Eigenverantwortlichkeit der mittelalterlichen Städte, nicht nur der „reichsfreien“ Kommunen.

Eine international besetzte Jury, in der neben Vertretern der Stadt Innsbruck und des Bundeslandes Tirol sowie der Innsbrucker Leopold-Franzens-Universität auch Vertreter des Ausschusses der Regionen (AdR), des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates (KGRE), des Rates der Gemeinden und Regionen (RGRE) und der Versammlung der Regionen Europas (VRE) mitwirken, schlägt alljährlich einen – gelegentlich auch zwei – Preisträger vor.

In diesem Jahr ging der Preis an die aus Polen stammende frühere EU-Kommissarin für Regionalpolitik, Danuta Hübner, die seit 2009 als Mitglied des Europäischen Parlaments nunmehr Vorsitzende des Ausschusses für Regionale Entwicklung (REGI) ist. Der Preis wurde am 8. Mai 2011 in einem Festakt in der Innsbrucker Hofburg im Beisein von Tirols Landeshauptmann Günther



Tirols Landeshauptmann Günther Platter (rechts), Landtagspräsidentin Dr. Herwig van Staa (links) und Innsbrucks Bürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer (2. v. links) zeichnen Danuta Hübner (2. v. rechts) mit dem Kaiser-Maximilian-Preis 2011 aus

Platter, dem Präsidenten des Tiroler Landtages, Dr. Herwig van Staa, und der Bürgermeisterin von Innsbruck, Christine Oppitz-Plörer, überreicht.

In seiner Festansprache betonte Tirols Landeshauptmann Günther Platter die große Bedeutung der EU-Regionalpolitik für Tirol. Die neuen Regelungen des Vertrages von Lissabon eröffneten auch Spielräume, durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Regionen mit Gesetzgebungskompetenz die negativen Folgen des ersten Weltkrieges mit der Teilung Tirols zu überwinden. „Nur durch ein gemeinsames Auftreten der Makroregionen können wir Europa erfolgreich weiterentwickeln.“ Wenige Tage vor der Preisverleihung hatte auch die italienische Regierung ihre Zustimmung zur Bildung einer solchen grenzüberschreitenden Makroregion mit den Ländern Tirol und dem Trentino signalisiert. „Die Regionalpolitik Tirols und der europäischen Regionen wird immer

Zum Autor:

Dr. Heinrich Hoffschulte ist ehemaliger Vizepräsident der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) und Träger des Kaiser-Maximilian-Preises 2002.

untrennbar mit der diesjährigen Preisträgerin verbunden bleiben.“

Der Präsident des Tiroler Landtages, Dr. Herwig van Staa, der auch Vizepräsident des Ausschusses der Regionen der Europäischen Union und Präsident der Kammer der Regionen im Kongress der Gemeinden und Regionen Europas des Europarates ist, hob die jahrelange gute Zusammenarbeit mit der Preisträgerin hervor. Er bezeichnete sie als „engagierte und durchsetzungsstarke Politikerin der europäischen Regionalpolitik“, die sich vor allem auch für die Stärkung des ländlichen Raumes eingesetzt habe. Und von der Neuausrichtung und besseren finanziellen Ausstattung des EU-Strukturfonds, die ihr immer ein besonderes Anliegen gewesen seien, habe auch Tirol immer wieder profitiert.

Innsbrucks Bürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer betonte, dass zwar – von der Öffentlichkeit häufig viel zu wenig wahrgenommen – die Grundlagen des Zusammenlebens der Bürgerinnen und Bürger immer stärker auf europäischer Ebene definiert werden, deren Umsetzung auf den Alltag im Leben aber ganz überwiegend nach wie vor in den Gemeinden und Regionen erfolgt. Dafür „brauchen wir glaubwürdige Persönlichkeiten, und ich bin davon überzeugt, dass wir mit Danuta Hübner eine Preisträgerin haben, die weiterhin auf nationaler und internationaler Ebene einen großen Beitrag zu einem gemeinsamen Europa leisten wird.“

Besondere Aufmerksamkeit fand naturgemäß das Grußwort des derzeitigen, ebenfalls aus Polen stammenden Präsidenten des Europäischen Parlaments, Jerzy Buzek, der die Rolle der Preisträgerin beim Beitritt Polens in die EU hervorhob. Als Ministerin für Europäische Integration in Polen habe sie die polnische Politik für die weitere Zukunft geschmiedet. In der schwierigen Zeit der Erweiterung der Europäischen Union von 15 auf 27 Mitgliedstaaten habe sie rastlos für die Interessen der Bürger und Regionen Europas gearbeitet und damit die Lebensbedingungen für viele Millionen Europäerinnen und Europäer verbessert.

Die Preisträgerin Danuta Hübner bedankte sich für den Kaiser-Maximilian-Preis mit der Versicherung, die Verleihung sei „ein Ansporn zu noch mehr Einsatz und Engagement“ für Europa und seiner Kommunen wie Regionen. Es sei „eine zusätzliche Motivation, die Regionalpolitik zu einer Quelle konstanter erneuerbarer Energie für das europäische Projekt zu machen.“



Die Träger des Kaiser-Maximilian-Preises der Jahre 1999 und 2002, Dr. Josef Hofmann (links) und Dr. Heinrich Hoffschulte (rechts) gehörten zu den ersten Gratulanten von Danuta Hübner

Sie kennzeichnete die Regionalpolitik der EU als Instrumentarium zum „Aufbau einer entwickelten und zugleich nachhaltigen Gesellschaft auf unserem Kontinent ... sozusagen ein Europäisches Volk, das sich durch Einheit in der Vielfalt auszeichnet.“ Vision oder Realität – vom „Europäischen Volk“ zu sprechen, so merkten Teilnehmer des Festaktes an, tun unsere Politiker (noch) viel zu selten, obwohl es die Hoffnung von inzwischen rund 500 Millionen Europäerinnen und Europäern umschreibt. ■

Infos

Kaiser-Maximilian-Preis:

☞ <http://www.innsbruck.at/io30/browse/Webseiten/Content/International/KaiserMaxPreis>

Kaiser-Maximilian-Preis

Die bisherigen Preisträger

1998	Jordi Pujol, Präsident von Katalonien a.D.
1999	Dr. Josef Hofmann, Ehrenpräsident des Rates der Gemeinden und Regionen Europas
2000	Luc van den Brande, Präsident der Versammlung der Regionen Europas
2001	Lady Josephine Farrington, Baroness of Ribbleton, Großbritannien
2002	Erwin Teufel, Ministerpräsident des Landes Baden Württemberg, und Dr. Heinrich Hoffschulte, Erster Vizepräsident des Rates der Gemeinden und Regionen Europas
2003	Alain Chénard, Präsident des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas a.D.
2004	Elisabeth Gateau, Generalsekretärin der Weltunion der Kommunen
2005	Jan Olbrycht, Mitglied des Europäischen Parlaments
2007	Dr. Michael Häupl, Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien und Präsident des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, und Graham Meadows, Generaldirektor für Regionalpolitik a.D. der Europäischen Kommission
2008	Dora Bakoyanni, griechische Ministerin für auswärtige Angelegenheiten
2009	Giovanni Di Stasi, ehemaliger Präsident des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas a.D.
2010	Halvdan Skard, ehemaliger Präsident des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas a.D.
2011	Danuta Hübner, Europäisches Parlament

Quelle: Stadt Innsbruck

Verleihung der Energieeffizienz-Preise der Europäischen Kommission: GreenLight Award für St. Georgen

Die Stadt St. Georgen im Schwarzwald ist im Rahmen der Europäischen Woche für nachhaltige Energie am 14. April 2011 in Brüssel mit dem „GreenLight Award“ ausgezeichnet worden. Die Stadt erhielt den Preis für ihr modernes und innovatives Beleuchtungskonzept.

Im Rahmen der Europäischen Woche für nachhaltige Energie hat die Europäische Kommission ihre diesjährigen **Energieeffizienz-Preise** verliehen. Ausgezeichnet wurden insgesamt 25 Verwaltungen, Organisationen und Unternehmen aus 14 europäischen Staaten für ihre Energieeinsparungen in den Kategorien Beleuchtung (GreenLight), Bauen (GreenBuilding) und Elektromotorsysteme (Motor Challenge). Darunter waren auch sechs Preisträger aus Deutschland.

Als einzige deutsche Kommune konnte die Stadt **St. Georgen** im Schwarzwald einer der begehrten Auszeichnungen erringen. In der Kategorie „Beleuchtung“ erhielt die Stadt den „GreenLight Award“ für ihr innovatives Beleuchtungskonzept, das sowohl die Innen- und Außenbeleuchtung berücksichtigt. So werden zukünftig 34 LED-Straßenlaternen den Marktplatz heller und kosteneffizienter in ein neues Licht tauchen. Die moderne Technik reduziert die Anzahl der Straßenlaternen im Altstadtzentrum um mehr als die Hälfte. Auch im Rathaus der Stadt kommt neue Lichttechnik zum Einsatz. Die seit den 1970-er Jahren nicht modernisierte Beleuchtungsanlage wird durch neue Beleuchtungs- und Steuerungstechnik ersetzt. Insgesamt will die Stadt durch den Einsatz moderner und kosteneffizienter Beleuchtungstechnik zukünftig 37.800 Kilowattstunden Strom pro Jahr einsparen.

St. Georgen ist Mitglied des LED-Netzwerks Schwarzwald, dem auch die Städte Mönchweiler, Königfeld und Villingen-Schwenningen angehören. Gemeinsam realisieren die Partner Pilotprojekte zu moderner Stadtbeleuchtung und tauschen ihre Erfahrungen untereinander aus. Ziel ist es, Kohlendioxid-Emissionen und Energiekosten durch moderne Beleuchtungstechnologie zu reduzieren.

„Die Nutzung innovativer Technologien zur Steigerung der Energieeffizienz dient sowohl



Die Energieeffizienz-Preise der Europäischen Kommission wurden am 14. April 2011 im Rahmen der Europäischen Woche für nachhaltige Energien überreicht

ihren eigenen Interessen als auch dem Gemeinwohl“, erklärte die EU-Kommissarin für Forschung, Innovation und Wissenschaft, Maire Geoghegan-Quinn, anlässlich der Preisverleihung. Energieeffizienz sei ein entscheidendes Instrument bei der Bekämpfung des Klimawandels, aber auch Voraussetzung für dauerhaft tragbares Wachstum und nachhaltige Beschäftigung, die Verringerung der Abhängigkeit von Öl- und Gaseinfuhren sowie den Umstieg auf erneuerbare Energien. „Aus diesem Grund ist Energieeffizienz bei den laufenden und künftigen EU-Forschungs- und Innovationsprogrammen eine unserer obersten Prioritäten“.

Wie die EU-Kommissarin weiter ausführte, hätten sich bisher mehr als 1.000 Teilnehmer aus ganz Europa freiwillig an den drei Energieeffizienz-Programmen der Gemeinsamen Forschungsstelle, dem internen wissenschaftlichen Dienst der Europäischen Kommission, beteiligt. Das Programm „GreenLight“ unterstützt die Installation energieeffizienter Beleuchtungsanlagen und -systeme durch die Partner, während bei „GreenBuilding“ eine verbesserte Energieeffizienz in Gebäuden gefördert wird. Das Programm „Motor Challenge“ ist auf Energieeinsparungen durch Steigerung der Effizienz beim Betrieb von Elektromotorsystemen ausgerichtet. ■

Infos

Internetseite zu GreenLight, GreenBuilding and Motor Challenge:

☞ <http://re.jrc.ec.europa.eu/energyefficiency/>

Stadt St. Georgen:

☞ <http://www.st-georgen.de/>

Verleihung des Sustainable Energy Europe Award:

„Stadtradeln“ ausgezeichnet

Die Klima-Bündnis-Kampagne „Stadtradeln“ hat den Sustainable Energy Europe Award 2011 der Europäischen Kommission in der Kategorie „Reisen“ erhalten. Der Nachhaltigkeitspreis würdigt herausragende europäische Projekte in den Bereichen erneuerbare Energien und Energieeffizienz.

Im Rahmen der Europäischen Woche für nachhaltige Energie hat der Kommissar für Energie der Europäischen Kommission, Günther Oettinger, am 12. April 2011 in Brüssel die Klima-Bündnis-Kampagne „Stadtradeln“ mit dem **Sustainable Energy Europe Award** in der Kategorie „Reisen“ ausgezeichnet. Insgesamt hatten sich mehr als 300 Projekte für den Nachhaltigkeitspreis in den Kategorien „Kommunikation“, „Lernen“, „Wohnen“, „Produktion“, „Konsum“ und „Reisen“ beworben. Oettinger war beeindruckt von den vielen Ideen und betonte, dass „ohne das Engagement auf der lokalen Ebene die europäischen Klimaschutzziele nicht erreichbar sind“.

„Stadtradeln“ ist eine nach Nürnberger Vorbild entwickelte bundesweite Kampagne für nachhaltige Mobilität und Klimaschutz. Dabei radeln Mitglieder der kommunalen Parlamente sowie Bürgerinnen und Bürger bereits seit 2008 während einer dreiwöchigen Aktionsphase im Zeitraum von Juni bis Mitte Oktober um die Wette und „sammeln“ möglichst viele klimafreundliche Fahrradkilometer für ihre Kommune. Im Jahr 2010 traten rund 13.000 Radlerinnen und Radler, darunter knapp 530 Mitglieder der Kommunalparlamente aus 60 Städten und Gemeinden, in die Pedale. Sie strampelten gemeinsam mehr als 2,35 Millionen Kilometer. Symbolisch haben sie damit den Äquator knapp 60 Mal umrundet und im Vergleich zur Autofahrt fast 340 Tonnen Kohlendioxid eingespart.

„Wir sind sehr stolz, dass unsere Nürnberger Aktion so viel Anklang gefunden hat und zu einer deutschlandweiten Aktion wurde“, kommentierte der Umweltreferent der Stadt Nürnberg, Dr. Peter Pluschke, die Preisverleihung. Für die Geschäftsführerin des Klima-Bündnisses, Ulrike Janssen, ist es



Die Vertreter der Klima-Bündnis-Kampagne „Stadtradeln“ freuen sich über den Sustainable Energy Europe Award

am wichtigsten, dass „es nicht ausschließlich eine lustige Kampagne ist. Dadurch, dass Stadträte sichtbar mit dem Rad unterwegs sind, bewegt sich auch politisch etwas. Zum Beispiel wird der Ausbau des Radwegenetzes beschlossen oder es werden Gefahrenpunkte für Radler entschärft“.

Ursprünglich wurde die Aktion „Stadtradeln“ nur bis 2010 vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und vom Umweltbundesamt (UBA) gefördert und von verschiedenen Unternehmen unterstützt. Wie das Klima-Bündnis nun mitteilte, wird die bundesweite Aktion aber auch in den Jahren 2011 und 2012 wieder stattfinden können, nachdem das BMVBS Anfang Mai dieses Jahres eine weitere Förderung zugesagt hat. Kommunen sind also auch in diesem Jahr wieder aufgerufen, sich an der Aktion zu beteiligen und ihre Kommunalpolitikerinnen und -politiker sowie Bürgerinnen und Bürger aufzurufen, in die Pedale zu treten und so Kilometer für den Klimaschutz zu sammeln.

Die Auftaktveranstaltung findet am 1. Juni 2011 im Innenhof des Würzburger Rathauses statt. Bis zum 15. Oktober 2011 können Kommunen sich dann innerhalb von 21 zusammenhängenden Tagen, die frei wählbar sind, an der Aktion beteiligen. ■

Infos

Sustainable Energy Europe Award:

☞ <http://eusew.eu/awards-competition>

Kampagne „Stadtradeln“:

☞ <http://www.stadtradeln.de/>

Demokratieaufbau in nordafrikanischen Kommunen:

Ein Städtenetzwerk für Nordafrika

Der derzeitige Aufbruch in den nordafrikanischen Staaten und der arabischen Welt birgt neben allen Risiken auch große Chancen für ein Mehr an Demokratie und Frieden im Nahen Osten. Deutsche Kommunen mit Partnerstädten in Nordafrika wollen diese Chancen nutzen und ihre Partner beim Demokratieaufbau unterstützen. Mitte März trafen sich Vertreterinnen und Vertreter aus Städten mit Partnerschaften zu tunesischen Städten, um ein Städtenetzwerk ins Leben zu rufen. Dieses Netzwerk soll nun auf weitere Städte in Nordafrika ausgedehnt werden.

Ein Beitrag von
Sabine Drees

Die Revolte von Tunesien begann im Dezember 2010 mit einer Tragödie. Der arbeitslose Mohamed Bouaziz aus Sidi Bouzid zündete sich aus Protest gegen Behördenwillkür und Arbeitslosigkeit an und ist wenige Tage danach gestorben. Die Jugendarbeitslosigkeit beträgt in Tunesien 30 Prozent, in bestimmten Gebieten sogar 50 Prozent. Es gibt keine Demokratie von unten und die Unterschiede in der Gesellschaft sind enorm. Der Tod von Mohamed Bouaziz brachte das Fass zum Überlaufen. Das Signal von Sidi Bouzid sprang auf nahezu alle Städte in Tunesien über und erreichte kurz darauf Ägypten, den Jemen, Libyen und Syrien.

Solidarität für Partner aus Nordafrika

Die Unruhen bewegen auch deutsche Städte, insbesondere diejenigen, die Partnerschaften mit Städten aus Nordafrika pflegen. Sie wollen zeigen, dass Partnerschaften mehr bedeuten als Visiten und Lippenbekenntnisse. Sie wollen sich engagieren und Verantwortung für ihre Partner übernehmen. Am 17. März 2011 trafen sich auf Vorschlag der Stadt Köln Vertreterinnen und Vertreter aus Städten mit Partnerschaften zu tunesischen Städten, um ein Städtenetzwerk ins Leben zu rufen. Ziel ist es, die noch junge Demokratie in Tunesien nach besten Kräften zu stärken.



Deutsche Städte wollen nordafrikanische Städte auf dem Weg zur Demokratie unterstützen

Bereits im Rahmen dieses Treffens wurde vorgeschlagen, das Netzwerk auf andere Städte Nordafrikas auszudehnen. So wie der Funke der Revolution von Land zu Land und Stadt zu Stadt sprang, sollte auch die Unterstützung andere ebenso betroffene Städte Nordafrikas einbeziehen.

Insgesamt acht Partnerschaften zwischen deutschen Städten und Städten aus Tunesien zählt die Datenbank der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE). Hinzu kommen Frankfurt am Main, Stuttgart und Hildesheim, die Verbindungen mit Ägypten haben. Das Engagement für Nordafrika sollte aber nicht durch eine Fokussierung auf offizielle Partnerschaften eingeengt werden. Auch Projektpartnerschaften oder zeitlich begrenzte

Zur Autorin:

Sabine Drees ist Referentin für Auslandsangelegenheiten des Deutschen Städtetages (DST).

Kooperationen sind erwünscht. Der Deutsche Städtetag möchte mit Hilfe von staatlichen Durchführungsorganisationen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ein möglichst lebendiges und vielfältiges Städtenetz aufbauen, in dem Begegnungen und Beratungen auf Augenhöhe zu den verschiedensten Themen der Demokratieförderung und Stadtentwicklung stattfinden.

Demokratieaufbau in Tunesien

In Tunesien steht zunächst der Demokratieaufbau im Vordergrund. So sind im Rahmen der Revolution alle alten Stadträte abgesetzt und durch neue und junge oppositionelle Kräfte ersetzt worden. Das sind aber keine gewählten Stadträte, sondern vorerst „Lückenbüßer“, bis die Kommunalwahlen stattfinden. Erst am 24. Juli 2011 tritt in Tunesien die verfassungsgebende Versammlung zusammen, die im Anschluss die Verfassung in Tunesien beraten soll. Erst danach sind auch Kommunalwahlen möglich. Hier bietet sich eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen deutschen und den zukünftigen tunesischen Stadträten an. Erste Kontakte zur noch jungen Demokratie in Tunesien möchte die Stadt Köln knüpfen. In einem Ratsbeschluss vom 11. April 2011 heißt es, dass die Stadt der neuen, durch demokratische Wahlen legitimierten Stadtregierung ihre Unterstützung anbieten möchte. Gemeinsam mit der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) werden erste Sondierungsgespräche in der Kölner Partnerstadt Tunis geführt werden.

Der Deutsche Städtetag hat vorgeschlagen, auch die kommunale Selbstverwaltung zum Gegenstand der Verfassungsberatungen werden zu lassen. So sollte den Kommunen Autonomie in ihren Angelegenheiten garantiert werden. Nach Artikel 28 Grundgesetz ist den deutschen Kommunen die Selbstverwaltung nebst auskömmlicher Finanzierung garantiert worden. Für tunesische Städte ergäbe sich die historische Chance zum Wandel von reinen Ausführungsorganen zu weitaus selbstständigeren Institutionen.

In Tunesien gibt es bisher keine kommunale Selbstverwaltung. Die Kommunen werden vielmehr zentralistisch regiert über 24 Gouvernorate, die in 264 „Delegations“ unterteilt sind. Darunter gibt es insgesamt 261 Städte und 174 Landgemeinden. Stadtplanung als Top-Down-Ansatz bedeutet

lange Wege vom Entscheider bis zum Durchführer. Leider entscheiden in solchen Systemen diejenigen, die die Situation vor Ort am schlechtesten kennen. Daran konnten im alten System auch Kommunalpolitiker nichts ändern. Ohnehin waren die alten Stadträte eher Parteifunktionäre. Von 4.366 Sitzen erhielten 2005 die Kandidaten der Einheitspartei RCD 4.098 Sitze. Von pluralistischer Vielfalt war also keine Spur. Aufgabe der ehemaligen Stadträte war es, die Programme der nationalen Partei umzusetzen. Nachdem diese Stadträte jetzt abgesetzt sind, betreten die zukünftigen Stadträte



Mit Hilfe der Stadt Stuttgart konnten in der tunesischen Stadt Menzel Bourguiba neue Spielgeräte für einen Spielplatz angeschafft werden

absolutes Neuland. Um die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu bedienen, sollten auch Bürgerbüros als Anlaufstellen in Tunesien eingerichtet werden. Wichtig ist, dass mehr Leistungen vor Ort erbracht und vom Bürger wahrgenommen werden. Damit können Bürger auch eine Kontrollfunktion ausüben. Auch das stärkt die Demokratie von unten.

Daseinsvorsorge in Marokko

Einige bereits bestehende Vorhaben sollen auch in das Netzwerk integriert werden: Der Ansatz des GIZ-Vorhabens „CoMun“ zur Förderung innovativer Ideen für Stadtentwicklung besteht im Aufbau eines regionalen Lernnetzwerks zwischen Kommunen aus Algerien, Marokko und Tunesien mit deutschen Kommunen. Durch organisierten Erfahrungsaustausch über aktuelle Schlüsselthemen der Kommunal- und Stadtentwicklung sollen tunesische Städte Zugang zu bereits erprobtem Praxiswissen im Bereich der Stadtentwicklung erhalten. Mit finanzieller Unterstützung der GIZ arbeiten Bamberg und Agadir im Bereich Abfallwirtschaft und Umweltschutz zusammen. Die Experten aus Agadir interessierten sich dafür, wie die Mülltrennung, Müllentsorgung und Abwas-



Die alte Müllkippe der Stadt Menzel Bourguiba direkt am See konnte mittlerweile mit Unterstützung der Stadt Stuttgart saniert werden

serreinigung in Bamberg organisiert sind. Die Stadt Rabat sucht noch einen deutschen Partner zur Zusammenarbeit im Bereich Energieeffizienz.

Entwicklungszusammenarbeit als Thema

„Die deutschen Städte sind bereit, auch international ihren Beitrag zur Stärkung demokratischer und selbstverwalteter Strukturen zu leisten. Sicherheit und Entwicklung stehen in einem engen Zusammenhang mit demokratischer Regierungsführung und dezentraler Steuerung. Daher sollten die Kommunen mit ihrer besonderen Expertise – unter Ausgleich finanzieller Belastungen – auch als Partner für die staatliche Entwicklungszusammenarbeit anerkannt und systematisch eingebunden werden“, heißt es im Rahmen der Stuttgarter Erklärung der 36. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 3. bis zum 5. Mai 2011.

„Wenn die Städte nicht bereit sind, die Probleme dort in den Partnerländern zu bewältigen, kommen die Probleme zu uns“, sagte Kölns Oberbürgermeister Jürgen Roters im Rahmen der Hauptversammlung, bei der auch ein Fachforum zum Thema „Starke Städte für Entwicklung und Zusammenhalt – weltweit“ angeboten wurde. Durch die zunehmende Urbanisierung könne aus Problemen von Megastädten auch für die eigene Zukunft gelernt werden, so Roters, der bei diesem Forum als Redner auftrat.

Auch einzelne Projekte zeigen, wie voneinander gelernt wird. So pflegt Stuttgart eine Partnerschaft zu der tunesischen Stadt Menzel Bourguiba. Alexander Kreher, Direktor für Außenbeziehungen aus Stuttgart berichtete, dass Stuttgarter Abfallexperten eine Mülldeponie in der tunesischen Partnerstadt Menzel Bourguiba saniert haben. Dort haben sie für die eigene Arbeit viel gelernt. Gifte, die sie auf ungeordneten Deponien

entdeckt haben, kennen die meisten nur aus der Theorie. Auch das Medienecho für die Stadt, die sich mit ihrem Engagement als international engagierte Metropole präsentiert hat, war durchweg positiv. Durch das Engagement hat die Stadtverwaltung auch eine Brücke zu afrikanischen „communities“ in der Stadt geschlagen.

Zusammenarbeit bedeutet aber nicht, „unser System anderen aufzuzwingen, sondern einen partnerschaftlichen Dialog zu führen“, sagte Dr. Christoph Beier, stellvertretender Vorstandssprecher der GIZ auf der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages. Weiter machte das Vorstandsmitglied klar, dass viele Entwicklungsländer unter überzentralisierten Strukturen leiden und darunter, dass sie keine föderalen Governancestrukturen haben.

Natürlich brauchen Kommunen die finanzielle Unterstützung des Staates, der ebenfalls ein großes Interesse an dem Engagement der Kommunen hat, was auch Dr. Beier von der GIZ betonte: „Aus Sicht des Staates gibt es ein Kooperationsgebot mit den Kommunen“. Die Zusammenarbeit sollte aber noch effizienter und systematischer gestaltet werden, so Beier. Die Bundesregierung hat beispielsweise vor dem Hintergrund der Unruhen in Nordafrika einen „Demokratieförderungsfonds Nordafrika“ in Höhe von sechs Millionen Euro aufgelegt, hauptsächlich für kirchliche Hilfswerke und die politischen Stiftungen. Leider werden damit bisher keine Projekte kommunaler Zusammenarbeit zur Stärkung kommunaler Selbstverwaltungsstrukturen gefördert. Das ist völlig unverständlich und muss bei weiteren Zustiftungen zu diesem Fonds dringend geändert werden. Mit den Geldern sollte ein sinnvoller Austausch zwischen deutschen und nordafrikanischen Kommunen finanziert werden. Mögliche Themen des Austausches wären Bürgerhaushalte und Bürgerpartizipation, Dezentralisierungsprozesse und Kommunalverfassungen. ■

Sitzung des Arbeitskreises der EU- und Förderreferenten in Detmold:

Energiethemen im Fokus

Der Arbeitskreis der EU- und Förderreferenten der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) kam auf Einladung des Kreises Lippe am 24. und 25. März 2011 zu seiner 29. Sitzung in Detmold zusammen. Zwei Mal im Jahr trifft sich die Runde der kommunalen Europaexperten aus Deutschland, um sich über Neues in der EU-Förderlandschaft zu informieren, aber auch um sich über aktuelle europapolitische Fragen auszutauschen.

Ein Beitrag von
Elisabeth Schütze

Das Themenspektrum der Sitzung des Arbeitskreises der EU- und Förderreferenten der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) am 24. und 25. März 2011 in Detmold im Kreis Lippe war abwechslungsreich, das besondere Augenmerk lag auf dem Thema Energie. Zunächst wurden von Landrat Friedel Heuwinkel einige Besonderheiten des Kreises Lippe vorgestellt. Neben der EU-Arbeit des Kreises und dem Projekt „Lippe global“ hob Heuwinkel vor allem den kürzlich erstellten Energieatlas hervor. Im Rahmen der Vorbereitung wurden alle energierelevanten Daten des Kreises gesammelt, analysiert und in Form eines Atlas mit dem Titel [„Energieatlas Lippe – Informationen zu Energieerzeugung und -verbrauch im Kreis Lippe“](#) ausgewertet. Dabei zeigte sich, dass der Kreis Lippe das Ziel der Bundesregierung, den Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch bis 2010 auf 12,5 Prozent zu steigern, bereits im Jahr 2006 erreicht hatte. Doch auch die Klimaziele bis 2020 sollen weiterhin ambitioniert angegangen werden, indem die lippischen Energieversorger und die öffentliche Verwaltung zusammenarbeiten.

Der Kreis Lippe verfügt bereits über ein breites Spektrum an Wegen zur Gewinnung von Strom aus erneuerbaren Energien mittels Photovoltaikanlagen, der Windkraft- und Wasserkraftnutzung sowie der Stromerzeugung aus Biomasse. Auch der Anteil des Stroms, der im Kreis Lippe durch Kraft-



Der Arbeitskreis der EU- und Förderreferenten der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas tagte in Detmold

Wärme-Kopplung (KWK) gewonnen wird, ist in Bezug zum gesamten im Kreis Lippe erzeugten Strom mit 29 Prozent hoch.

EU-Programm „Intelligente Energie Europa“

Im Rahmen der Sitzung wurden unter anderem auch die Bedingungen des Förderprogramms [„Intelligente Energie Europa \(IEE\)“](#) vorgestellt. Das von der Europäischen Kommission unterstützte Programm fördert Projekte, die technologiebegleitende Möglichkeiten aufdecken und dem Abbau von Markthemmnissen im Bereich der Energieeinsparung und Nutzbarmachung von erneuerbaren Energien dienen. Als Beispiele für weitere förderfähige Projektthemen nannte Claudia Häfner von der Nationalen Kontaktstelle Energie die Bereiche Training, Weiterbildung, Netzwerkbildung und Kam-

Zur Autorin:

Elisabeth Schütze ist Praktikantin in der Europaabteilung des Deutschen Städtetages (DST).

pagnen zur Änderung von Verhaltensmustern. Es werden jedoch weder Forschungs- und Entwicklungsprojekte noch Investitionsprojekte über dieses Programm gefördert.

Das leitende Konsortium der Projekte muss aus mindestens drei voneinander unabhängigen Institutionen bestehen. Als Gesamtbudget für den aktuellen Förderzeitraum stehen 730 Millionen Euro zur Verfügung und das durchschnittliche Fördervolumen der bereits genehmigten Projekte liegt bei etwa einer Million Euro. Direkte Kosten werden mit 75 Prozent und indirekte Kosten mit 60 Prozent gefördert. Die maximale Laufzeit der Projekte beträgt 36 Monate. Eine [Online-Datenbank](#) bietet die Möglichkeit, sich über noch laufende oder bereits geförderte abgeschlossene Projekte zu informieren, um dadurch die Chance zu erhalten, eine thematische Abstimmung im Vorfeld vorzunehmen.

Neben den bisher geförderten Projekten aus den Kernbereichen (SAVE, STEER, ALTENER) liegt das Hauptaugenmerk der aktuellen Förderperiode auch auf kernbereichsübergreifenden Projekten. Die so genannten „Integrierten Initiativen“ haben ihren Fokus auf den EU 12 und zielen auf Bereiche wie lokales Energiemanagement, Energieeffizienz an sich und in Gebäuden sowie auf die Mobilisierung lokaler Investitionen. Durch das Instrument der ELENA-Fazilität werden Marktumsetzungsprojekte gefördert. Ende der Antragsfristen für dieses Jahr war der 12. Mai 2011. Alle Anträge können elektronisch über das System des Electronic Proposal Submission System (EPSS) eingereicht werden. Die Evaluierungsergebnisse werden voraussichtlich im November 2011 bekannt gegeben und im Januar 2012 können dann erste Vertragsabschlüsse stattfinden. Etwa jeder vierte bis fünfte Antrag sei, laut Häfners Aussage, erfolgreich.

Energiedorf – Biogasanlage Wendlinghausen

Ganz im Zeichen des Schwerpunktthemas „Energie“ gab der Betreiber von Schloss und Gut Wendlinghausen, Joachim von Reden, zum Thema „Energie Effizienz – These 2020 – Darstellung der Potenziale im ländlichen Raum“ einen breiten Überblick, der von der aktuellen ökologisch ausgerichteten Nutzung des Gutes bis hin zu zukünftigen Planungen reichte. Mittels des [„Energiedorf – Biogasanlage Wendlinghausen“](#) als überregionales Pilotprojekt sollen durch eine

dezentrale Gewinnung und Einspeisung von Strom, einer 100-prozentigen Wärmenutzung und entsprechender Öffentlichkeitsarbeit nachhaltig die Klimaschutzziele umgesetzt werden. Über ein Nahwärmenetz werden zukünftig neben den bereits jetzt versorgten 40 Wohnhäusern, einem Sägewerk, Gewerbebetrieben und dem Gut Wendlinghausen auch 20 neu zu errichtende Einfamilien-Energiehäuser mit ressourcensparenden und umweltschonenden Verfahren vollständig mit Wärme versorgt werden. Außerdem werden mit Photovoltaikanlagen, die sich auf den Dächern des Gutes, in einer Freianlage von etwa fünf Hektar und auf einer Carport-Dachanlage befinden, etwa 3,5 Megawatt Strom erzeugt, um Kohlendioxid-Emissionen zu vermeiden.

Weitere Tagesordnungspunkte der Sitzung waren die Vorstellung der Europaarbeit des Kreises Lippe und des Landkreistages Nordrhein-Westfalen sowie die Präsentation des Public Private Partnership-Projekts des Kreises zu Straßen. Außerdem wurde das Programm „Good Practices on the Support for Migrant Elders Initiatives“ für innovative kommunale Initiativen zur Integration älterer Menschen mit Zuwanderungsgeschichte vorgestellt. Weiterhin wurde ein kurzer Überblick über aktuelle Geschehnisse auf EU-Ebene gegeben und die Ergebnisse der Rückläufe zur Umfrage unter den Mitgliedern des Arbeitskreises zur Europaarbeit der Kommunen zusammengefasst.

Bei seiner nächsten Sitzung feiert der Arbeitskreis ein rundes Jubiläum: Bereits zum 30. Mal werden sich seine Mitglieder am 17. und 18. Oktober 2011 in Rostock treffen. Der Arbeitskreis besteht seit 1996; die Anzahl seiner Mitglieder ist auf mittlerweile 85 kommunale EU- und Förderreferenten aus ganz Deutschland angewachsen. ■



Der Landrat des Kreises Lippe, Friedel Heuwinkel (rechts) begrüßt den stellvertretenden Generalsekretär der Deutschen Sektion des RGRE, Walter Leitmann (links)

Infos

Energieatlas Lippe:

http://www.lippe.de/new/formulare/Print/43_Energieatlas.pdf

EU-Programm „Intelligente Energie Europa“:

http://ec.europa.eu/cip/iee/index_de.htm

Online-Datenbank „Intelligente Energie Europa“:

<http://ieea.erba.hu/ieea/>

Energiedorf – Biogasanlage Wendlinghausen:

<http://www.schloss-wendinghausen.de/index.php?lang=de&site=energiedorf>

Europäische Wettbewerbe

Deutscher und Europäischer Solarpreis 2011

Mit den nationalen und Europäischen Solarpreisen werden unterschiedliche Akteure ausgezeichnet, die sich besonders um die Verbreitung und Anwendung erneuerbarer Energien verdient gemacht haben.

Die Ausschreibung und Vergabe der Solarpreise erfolgt auf nationaler Ebene jeweils in den Kategorien „Städte/Gemeinden, Landkreise und Stadtwerke“, „Industrielle, kommerzielle oder landwirtschaftliche Betriebe/Unternehmen“, „Lokale oder regionale Vereine/Gemeinschaften“, „Solares Bauen und Stadtentwicklung“, „Medien“, „Transportsysteme“, „Bildung und Ausbildung“ sowie „Eine-Welt-Zusammenarbeit“. Einen Sonderpreis gibt es für besonderes persönliches Engagement. Eigentümer oder Betreiber von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien sowie Schulen und Bildungseinrichtungen können zudem mit Plaketten ausgezeichnet werden.

Bewerben können sich Kommunen, kommunale Unternehmen, Privatpersonen, Ingenieure, Architekten und Organisationen. Die eingereichten Projekte müssen bereits realisiert oder soweit fortgeschritten sein, dass erste Ergebnisse vorliegen. Aus den Bewerbern für die jeweiligen nationalen Solarpreise sowie direkten Bewerbungen an Eurosolar Deutschland werden dann die Preisträger des Europäischen Solarpreises ermittelt.

Einsendeschluss: 30. Juni 2011

Infos: http://www.eurosolar.de/de/index.php?option=com_content&task=blogcategory&id=101&Itemid=114

Kurzfilmwettbewerb „Kamera! Naçali!“

Das Deutsch-Russische Forum e.V., die Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch, die Robert Bosch Stiftung und der Cornelsen Verlag rufen Lehrerinnen und Lehrer sowie ihre Schülerinnen und Schüler auf, Filme für den Russischunterricht zu drehen. Die Teilnehmer können selbst kurze Filmsequenzen in Russland drehen oder ihre russischen Partner bitten, gemeinsam erarbeitete Sequenzen zu drehen.

Die Kurzfilme sollten die Sicht russischer Jugendlicher widerspiegeln und den deutschen Zuschauern ein möglichst authentisches Bild ihrer Lebenswelt vermitteln. Die einzelnen Szenen sollten drei bis fünf Minuten lang und sprachlich nicht zu schwierig sein. Für die drei besten Filme stehen 1.000 Euro, 600 Euro und 400 Euro als Preisgeld bereit.

Einsendeschluss: 15. Juli 2011

Infos: http://www.deutsch-russisches-forum.de/fileadmin/image_archive/news/Flyer_Filmwettbewerb_01.pdf

RegioStars 2012

Mit den RegioStars zeichnet die Europäische Kommission innovative Projekte der interregionalen und grenzübergreifenden Zusammenarbeit aus, die durch die EU-Regionalpolitik gefördert wurden. Im Jahr 2012 wird der Preis in fünf Kategorien vergeben. In der Kategorie „Intelligentes Wachstum“ werden Projekte oder Maßnahmen für innovative Dienstleistungen prämiert. Preiswürdig in der Kategorie „Nachhaltiges Wachstum“ sind Investitionen in Ökosystemleistungen und grüner Infrastruktur, die eine nachhaltige regionale Entwicklung unterstützen. In der Kategorie „Integratives Wachstum“ werden Strategien, Initiativen oder Projekte ausgezeichnet, die sich der Herausforderung des demografischen Wandels widmen und das aktive Altern fördern. In der „CityStar-Kategorie“ stehen integrierte Strategien für die Entwicklung benachteiligter städtischer Räume im Mittelpunkt und in der Kategorie „Information und Kommunikation“ sollen vorbildliche Initiativen ausgezeichnet werden, die die Öffentlichkeit im Internet über Projekte informieren, die von der EU-Regionalpolitik profitieren.

Einsendeschluss: 15. Juli 2011

Infos: http://ec.europa.eu/regional_policy/cooperation/interregional/ecochange/regiostars_12_en.cfm?nmenu=4

EU-Gesundheitspreis für Journalisten

Mit dem Gesundheitspreis für Journalisten will die Europäische Kommission Gesundheitsthemen rund um die Kampagne „Europa für Patienten“ verstärkt in den Blickpunkt rücken. Erweitert wird der Themenkreis dieses Jahr um das Fachgebiet „Arzneimittel“ sowie um einen Sonderpreis zum Thema „Rauchen“. Teilnehmen können Staatsangehörige oder Gebietsansässige der 27 EU-Mitgliedstaaten ab dem 18. Lebensjahr. Jeder Teilnehmer kann bis zu zwei Artikel einreichen. Beiträge können auch von Teams mit bis zu fünf Mitgliedern eingereicht werden. Alle Artikel sind in einer der EU-Amtssprachen abzufassen und müssen ursprünglich in einem Print- oder einem Online-Medium veröffentlicht worden sein. Die Länge des Artikels sollte 20.000 Zeichen einschließlich Leerzeichen nicht überschreiten. In jedem EU-Mitgliedstaat wählt eine nationale Jury ihren Finalisten aus, von denen eine EU-Jury drei Sieger auf EU-Ebene sowie einen Gewinner des Sonderpreises auszeichnet. Der erste Preis ist mit 6.000 Euro, der zweite mit 2.500 Euro und der dritte mit 1.500 Euro dotiert. Für den Sonderpreis sind 3.000 Euro angesetzt.

Einsendeschluss: 24. Juli 2011

Infos: http://ec.europa.eu/health-eu/journalist_prize/2011/index_de.htm

Preis der Europäischen Union für das Kulturerbe 2011:

Zwei deutsche Gewinner dabei

Zwei Projekte aus Deutschland gehören zu den 27 Gewinnern des Preises der Europäischen Union für das Kulturerbe 2011. Den „Europa Nostra Award“ in der Kategorie „Konservierung“ erhielt das Bayerische Nationalmuseum aus München für sein Projekt zur Konservierung von Möbeln in Boule-Technik. In der Kategorie „Engagement“ war der Förderverein Kloster Bredelar e.V. aus Marsberg erfolgreich, der sich für die Erhaltung und Restaurierung des ehemaligen Prämonstratenserinnen- und späteren Zisterzienserkloster in Bredelar bei Marsberg einsetzt.

Die insgesamt 27 Preisträger wurden unter rund 140 eingereichten Projekten aus 31 Ländern ausgewählt. Verliehen wird der Preis gemeinsam von der Europäischen Kommission und dem europäischen Dachverband zum Schutz des Kulturerbes, Europa Nostra.

Das kulturelle Erbe leistet einen beträchtlichen Beitrag zum Wachstum und zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Die Branche ist ein wichtiger Bestandteil der Kultur- und Kreativindustrien, in denen 8,5 Millionen Menschen in der EU beschäftigt sind und die einen Anteil von 4,5 Prozent am europäischen Bruttoinlandsprodukt ausmachen.



Das ehemalige Prämonstratenserinnen- und spätere Zisterzienserkloster in Bredelar beherbergt heute ein Kultur- und Tagungszentrum

Europa Nostra ist der Dachverband der Organisationen, die sich für den Schutz des Kulturerbes in Europa einsetzen. Er umfasst und vertritt 250 Nichtregierungsorganisationen, 150 angegliederte Einrichtungen und 1.500 Einzelmitglieder aus über 50 Ländern, die sich dafür einsetzen, das kulturelle Erbe und die Kulturlandschaften Europas zu erhalten. Der Verband dient als Diskussionsforum, würdigt die besten Leistungen auf dem Gebiet und setzt sich für gefährdete kulturell bedeutsame Gebäude, Kulturstätten und -landschaften sowie für Nachhaltigkeit und hohe Qualitätsstandards bei der Bewahrung von Kulturerbe ein. ■

Infos

Europa Nostra:

☞ <http://www.europanostra.org/>

Europäische Kulturhauptstadt 2020 in Deutschland:

Bonn prüft Bewerbung

Die Stadt Bonn prüft eine mögliche Bewerbung um den Titel der Europäischen Kulturhauptstadt für das Jahr 2020. Wie die Stadt mitteilte, sei gegenüber dem Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsminister Bernd Neumann, Interesse geäußert worden. „In diesem frühen Stadium geht es darum zu prüfen, ob eine solche Bewerbung überhaupt realistisch ist“, sagte Bonns Oberbürgermeister Jürgen Nimptsch.

Das Jahr 2020 wurde nicht zufällig ausgewählt: Bonn und die Musikfreunde in aller Welt feiern dann Beethovens 250. Geburtstag. Sowohl der Europarat als auch die Europäische Union nutzen die Melodie der Neun-



ten Sinfonie von Beethoven mit Schillers Text als Hymne. Im vergangenen Jahr waren Essen und das Ruhrgebiet Europäische Kulturhauptstadt. ■

Aus Anlass des 250. Geburtstages von Ludwig van Beethoven im Jahr 2020 prüft die Stadt Bonn eine Bewerbung als Kulturhauptstadt Europas

Preis der Europäischen Union für zeitgenössische Architektur:

Neues Museum in Berlin prämiert

Das Neue Museum in Berlin ist mit dem Preis der Europäischen Union für zeitgenössische Architektur, dem Mies-van-der-Rohe-Preis, ausgezeichnet worden. Das ursprüngliche Neue Museum wurde nach Plänen von Friedrich August Stüler in der Mitte des 19. Jahrhunderts errichtet. Während des zweiten Weltkrieges wurde es jedoch schwer beschädigt. Im Jahr 2003 begann der Wiederaufbau mit dem Ziel, dem Gebäude zu seinem einstigen Glanz zu verhelfen.

David Chipperfield, der zusammen mit seinem britischen Kollegen Julian Harrap an diesem Projekt arbeitete, wählte für die Restaurierung ein dynamisches Konzept. Anstatt die Unterschiede zwischen alten und neuen Elementen zu kaschieren, wurden Vergangenheit und Gegenwart auf besondere Weise kombiniert und damit ein einmaliges und vielschichtiges Gebäude geschaffen.

Im Neuen Museum, das auf der Spreeinsel angesiedelt ist, finden das Ägyptische



Das Neue Museum ist Teil des Weltkulturerbes Berliner Museumsinsel

Museum und Papyrussammlung und das Museum für Vor- und Frühgeschichte mit Objekten der Antikensammlung ihre neue Heimat. ■

Infos

EU-Preis für zeitgenössische Architektur:

☞ http://ec.europa.eu/culture/our-programmes-and-actions/doc1103_de.htm

Neue Runde des Schulobstprogramms der Europäischen Union:

Elf Millionen Euro für Deutschland

Die Mittelverteilung für die nächste Runde des Schulobstprogramms der Europäischen Union für das Schuljahr 2011/2012 steht fest. Wie die Europäische Kommission mitgeteilt hat, stehen insgesamt 90 Millionen Euro zur Verfügung, um gesündere Essgewohnheiten bei Schülerinnen und Schülern zu fördern.

Mit Abstand größter Nutznießer des Programms ist Italien mit 18 Millionen Euro, gefolgt von Deutschland, das wie bereits in den Vorjahren elf Millionen Euro erhält. Dicht dahinter folgen Frankreich, Polen und Rumänien. Einige EU-Staaten wie Großbritannien und Schweden nehmen nicht am EU-Schulobstprogramm teil. Auch in Deutschland beteiligt sich nur rund die Hälfte der Bundesländer an dem Programm.

Die Europäische Kommission sieht in dem Programm eine wichtige Initiative zur



Mit ihrem EU-Schulobstprogramm will die Europäische Kommission Kindern und Jugendlichen Obst und Gemüse schmackhaft machen

Förderung gesünderer Essgewohnheiten. Im Schuljahr 2009/2010 haben laut Angaben der Brüsseler Behörde insgesamt knapp fünf Millionen Schülerinnen und Schüler von dem Programm profitiert, das von den EU-Mitgliedstaaten kofinanziert werden muss. ■

Infos

EU-Schulobstprogramm:

☞ http://ec.europa.eu/agriculture/markets/fruitveg/sfs/index_de.htm

Veranstaltungen

Juni

16.–18. Juni 2011

10. Deutsch-Finnischer Partnerschaftskongress

Veranstalter: Finnischer Kommunalverband, RGRE/Deutsche Sektion
Ort: Joensuu (Finnland)

☞ <http://www.jns.fi/kommunalpartnerschaftskongress>

20.–21. Juni 2011

Fachkonferenz des Deutsch-Französischen Ausschusses im RGRE

Veranstalter: DFA
Ort: Brüssel (Belgien)

20.–21. Juni 2011

CEMR-Hauptausschusssitzung

Veranstalter: Europäischer RGRE
Ort: Palma de Mallorca (Spanien)

Juli

3.–5. Juli 2011

Weltkongress 2011 des Netzwerks Cities for Mobility

Veranstalter: Stadt Stuttgart u.w.
Ort: Stuttgart

☞ http://www.cities-for-mobility.net/index.php?option=com_content&view=article&id=145:fifth-world-congress-of-cities-for-mobility&catid=1:news&Itemid=163

7.–8. Juli 2011

Forum zur internationalen Kooperation von lokalen Gebietskörperschaften

Veranstalter: Weltverband der Kommunen (UCLG)
Ort: Paris (Frankreich)

☞ <http://www.cities-localgovernments.org/>

September

20.–21. September 2011

Seminar „Europäische Förderung für bürgerschaftliches Engagement“

Veranstalter: Kontaktstelle für Deutschland „Europa für Bürgerinnen und Bürger“
Ort: Bonn

☞ <http://www.kontaktstelle-efbb.de/infos-service/veranstaltungen/>

29. September – 1. Oktober 2011

Europäische Städtepartnerschaftskonferenz 2011

Veranstalter: Europäischer RGRE
Ort: Rybnik (Polen)

Deutsch-Finnischer Kommunalpartnerschaftskongress:

Partnerstädte als Wirtschaftsstandorte

Im Rahmen der deutsch-finnischen Kommunalpartnerschaftsbeziehungen gibt es seit vielen Jahren regelmäßige Kongresse, die wechselseitig in Deutschland und in Finnland stattfinden. Nachdem der Deutsch-Finnische Partnerschaftskongress im Jahr 2008 in Mülheim an der Ruhr stattfand, ist in diesem Jahr die finnische Stadt Joensuu Gastgeber.

Stattfinden wird der 10. Deutsch-Finnische Kommunalpartnerschaftskongress vom 16. bis 18. Juni 2011. Unter dem Leitthema „Standort Kommune: Durch Wirtschaftsförderung den finanziellen Herausforderungen begegnen“ widmen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Kongresses der aktuellen Fragestellung, wie Kommunen für die Wirtschaft attraktiver werden und inwiefern dadurch zukünftige finanziellen Herausforderungen gemeistert werden können. ■

16.–18. Juni 2011
in Joensuu

Infos

10. Deutsch-Finnischer Kommunalpartnerschaftskongress:

☞ <http://www.jns.fi/kommunalpartnerschaftskongress>

Weltkongress von „Cities for Mobility“:

Zukunft der urbanen Mobilität

Die Landeshauptstadt Stuttgart lädt vom 3. bis 5. Juli 2011 zum diesjährigen Weltkongress des Netzwerks „Cities for Mobility“ ein, das dann fünf Jahre besteht. Erwartet werden über 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus aller Welt. Ein besonderes Highlight wird das erstmals stattfindende „Cities for Mobility Kontaktforum“ sein.

Der Weltkongress wird sich damit auseinandersetzen, wie die Lebensqualität in Städten nachhaltig verbessert werden kann, da bis 2030 zwei Drittel der Weltbevölkerung in Städten leben werden. Hauptthema ist daher „Die Zukunft der urbanen Mobilität“, die aus drei Perspektiven betrachtet werden soll: Gesellschaftlicher Wandel, Verknüpfung zwischen Stadtplanung und Mobilität sowie technologische Entwicklungen. Letztere passt gut zu der Kampagne „Automobilsummer 2011“, die vom Land Baden-Württemberg veranstaltet wird. ■

3.–5. Juli 2011
in Stuttgart

Infos

Weltkongress des Netzwerks „Cities for Mobility“:

☞ <http://www.cities-for-mobility.net/>

IMPRESSUM

Textbeiträge

Die Autorenbeiträge stellen nicht immer die Auffassung des Herausgebers oder der Redaktion dar, sondern geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Die Redaktion behält sich bei der Verwendung von Textbeiträgen eine Absprache und Änderungen vor und übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Alle Rechte, auch die der Übersetzung, liegen bei der Redaktion.

Bildnachweis

Barbara Baltsch (21, 22, 23), Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (3, 5), Europäische Kommission (4, 26, 38, 39, 47u.), Europa Nostra (46o.), Europarat (31), Hoffmann (35), Internationale Beethovenfeste Bonn (46u.), Kreis Lippe (16), Kreis Offenbach (13), Landeshauptstadt Stuttgart (27, 29, 40, 41, 42), Landeshauptstadt Stuttgart/Stabsabteilung für Integrationspolitik (30), Landkreistag NRW (43, 44), RGRE/Schütze (18, 19, 20), Rudi Ratlos/pixelio.de (47o.), Saarland.de (25), Stadt Gronau (7, 8, 9), Stadt Innsbruck/C. Mergl (36, 37), Turnverein Jahn-Rheine (10, 11, 12)

Titelbild

Europäische Kommission

Europa Kommunal

Europäische Zeitschrift für
Rat, Verwaltung und Wirtschaft
ISSN 1866-1904

Erscheinungsweise / Bezug (ab 2008)

6 Ausgaben pro Jahr als PDF-Version
Bezug ausschließlich über E-Mail-Verteiler

Herausgeber

Rat der Gemeinden und Regionen Europas
Deutsche Sektion
Gereonstraße 18-32
50670 Köln
Telefon 0221 / 3771-311
Telefax 0221 / 3771-128
E-Mail: post@rgre.de
<http://www.rgre.de>

Schriftleitung

Walter Leitermann

Redaktion & Satz

Barbara Baltsch
Schillerstraße 18
50170 Kerpen
Telefon 02273 / 560046
Telefax 02273 / 560047
Email: b.baltsch@t-online.de

Karl-Heinz Kottenhahn
AugustasträÙe 47
53173 Bonn
Telefon 0228 / 3297787
E-Mail: info@kh-kottenhahn.de

E-Mail-Verteiler

Dörthe Sondermann
E-Mail: doerthe.sondermann@staedtetag.de